

Ausfertigung

Landgericht Oldenburg

- 9 Ks 22/49 -

*Das Urteil ist rechtskräftig  
mit 8.10.49 bezgl. Dubbel und  
Schöckchen*

*Alt. Deubner, den 9. 11. 1949*

*Das Urteil ist rechtskräftig  
bezgl. Esskuchen seit 3.12.1949 für die richtige  
Umschärfung  
Alt. Deubner, den 5. 12. 1949*

IM NAMEN DES RECHTS! *Herrn. August*

Urteil

in der Strafsache

gegen

- 1.) den Fleischer Karl D u b b e l, geb. am 15.11.1910 in Tangern, wohnhaft in Westscheidt Nr. 81, Krs. Herford,
- 2.) den Arbeiter Paul F r ü n d t, geb. am 30.11.1907 in Rühn b. Güstrow, wohnhaft in Friesoythe,
- 3.) den Maler Heinrich E s s k u c h e n, geb. am 5.11.1904 in Höntrop, wohnhaft in Rhadermoor, Krs. Leer,
- 4.) den Justizoberwachmeister Hug S c h ö n e n b e r g, geb. am 14.10.1888 in Scheid, wohnhaft in Siegburg, Ehrenstr. 5,
- 5.) den Justizhauptwachmeister Ott E n g l a r, geb. am 5.1. 1890 in Stanowitz bei Schweidnitz, wohnhaft in Hamburg 21, Averhofstr. 10,

wegen Körperverletzung im Amt und Verbrechens gegen die Menschlichkeit,

hat das Schwurgericht Oldenburg, in der Sitzung vom 21., 22., 23., 24.; 25., 27., 28., 29. und 30. September 1949, an der teilgenommen haben :

Landgerichtsrat Dr. Kramer  
als Vorsitzender,  
Amtsgerichtsrat Dr. Wilke,  
beauftragt. Richter Oltmanns  
als beisitzende Richter,

*1 St 9/50*

2  
Gastwirt Fritz Bultmeyer, Nordenholz,  
Hinrich Wemken, Leuchtenburg;  
Landwirt Georg Backhaus, Neudorf,  
Kaufmann Franz Hellmann, Danne,  
Verwalter Arthur Kraft, Wilhelmshaven,  
Frau Hilda Pufal, Neuenwege,  
als Geschworene,  
Staatsanwalt Bormann  
als Beamter der Staatsanwaltschaft,  
Justiz-Angestellter Decker  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für R e c h t erkannt :

Es werden verurteilt :

1. Der Angeklagte Dubbel wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit Körperverletzung im Amt in 26 Fällen, davon 15 zugleich in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu  
zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis.

Von der Anklage des Mordes wird er freigesprochen.

2. Der Angeklagte Fründt wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit Körperverletzung im Amt in 6 Fällen, davon 3 zugleich in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu  
einem Jahr Gefängnis.

Von der Anklage der Körperverletzung mit Todesfolge wird er freigesprochen.

3. Der Angeklagte Esskuchen wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit Körperverletzung im Amt in 14 Fällen, davon 13 zugleich in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu  
einem Jahr und neun Monaten Gefängnis.

4. Der Angeklagte Engler wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit Körperverletzung im Amt in 36 Fällen, davon 16 zugleich in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu  
zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis.



5. Der Angeklagte Schönenberg wird freigesprochen.

Den verurteilten Angeklagten wird die erlittene Inter =  
nierungs - und Untersuchungshaft auf die erkannten Strafen  
angerechnet.

Die Kosten des Verfahrens fallen den Angeklagten zur  
Last, soweit sie verurteilt sind, im übrigen der Staatskasse.

-----

## G r ü n d e.

### I.

In der nationalsozialistischen Zeit richtete die Reichsjustizverwaltung im Emsland grosse Strafgefangenenlager ein, um durch die Arbeitskraft der Strafgefangenen aus dem Moor Bauernstellen zu gewinnen; auch dem Aufsichtspersonal der Lager wurden bei ihrer Einstellung Landstellen zugesichert.

Von Mitte 1935 an entstanden folgende Lager, die teilweise noch heute dem Strafvollzug dienen :

Lager	I	:	Börgermoor,
Lager	II	:	Aschendorfermoor,
Lager	III	:	Brual - Rhede,
Lager	IV	:	Walchum,
Lager	V	:	Neu Sustrum,
Lager	VI	:	Oberlangen,
Lager	VII	:	Esterwegen.

In diesen Lagern waren nicht nur rechtskräftig verurteilte Strafgefangene der zivilen Justiz, sondern im Kriege auch ehemalige Wehrmachtangehörige untergebracht, die von Kriegsgerichten zum Verlust der Wehrwürdigkeit verurteilt und wegen dieser Ehrenstrafe aus den Reihen der Wehrmacht ausgeschieden waren. Die Belegung der gesamten Lager schwankte infolgedessen zu- und Abgänge zwischen 6000 und 10000 Gefangenen.

Während bis 1937 das Aufsichtspersonal der Lager aus der freigewordenen Wachttruppe früherer Konzentrationslager gebildet wurde und ausschliesslich aus SA - Männern bestand, übten von 1937 an die Aufsicht im Lager in zunehmender Masse Strafanstaltsbeamte aus. Schliesslich wurde der Dienst derartig geteilt, dass von 1939 an die Wachttruppe ( genannt " Die Blauen " ) die Gefangenen ausserhalb des drahtumzäunten Lagers ( " Vor Draht " ) bewachte, während den Strafanstaltsbeamten ( genannt " Die Grünen " ) die Aufsicht und die Verwaltung innerhalb des Drahtzaunes ( " hinter Draht " ) oblag. Da die Zahl der Beamten hinter Draht jedoch unzureichend war, wurden später geeignete Männer aus der Wachttruppe nach kurzer Ausbildung in einer Strafanstalt zu Strafanstaltsbeamten ernannt; sie verstärkten so die Beamten hinter Draht. Die " Blauen " setzten sich zusammen aus Kräften, die sich freiwillig zum Lagerdienst gemeldet hatten, im



Kriege auch aus zahlreichen Notdienstverpflichteten, die aus verschiedensten Berufen kamen.

An der Spitze der sieben Lager stand der Kommandeur. Er war Strafanstaltsbeamter, zuletzt im Range eines Regierungs = direktors und führte von 1939 an die Bezeichnung "Kommandeur der Strafgefangenenlager im Emsland". Er unterstand unmittelbar dem Reichsjustizministerium in Berlin bzw. "dem Beauftragten des Reichsministers der Justiz für die Strafgefangenenlager im Emsland" in Papenburg; vorübergehend war er im Jahre 1938 dem Generalstaatsanwalt in Hamm, Abt. Strafgefangenenlager Papenburg, unterstellt.

An der Spitze der einzelnen Strafgefangenenlager stand der Lagervorsteher, ein Strafanstaltsobersinspektor oder - amtmann. Ihm unterstanden die Beamten innerhalb des Lagers : der Platzmeister und sein Stellvertreter, die Barackenbeamten ( auf etwa 3 Baracken ein Beamter ), der Küchenbeamte, der Bekleidungs- und Gerätebeamte sowie die Beamten im Büro der Lagerleitung; die Aufgaben des Platzmeisters lassen sich mit der eines Kompaniefeldwebels im militärischen Leben vergleichen; er hatte für Ordnung "Hinter Draht" zu sorgen.

Dem Lagervorsteher unterstand seit 1944 aber auch die Wachseinheit seines Lagers vor Draht mit ihrem Einheitsführer. Unter diesem versahen den Dienst als Wachttruppenangehörige die Hauptzugführer, die Zugführer, die Halbzugführer sowie die Oberwachtmänner. Die Unterführer waren mit Karabinern, die Oberführer mit Pistolen und Gummiknüppeln ausgerüstet. Sie erhielten fortlaufend Unterweisung über das Recht zum Waffengebrauch.

Ausser den Angehörigen der Wachttruppe und den Strafanstaltsbeamten waren für die Aufsicht auch zahlreiche Gefangene eingesetzt. Sie taten Dienst als sogenannte Barackenälteste, Stubenälteste, Schlafsaalälteste, Tischälteste, Bettenausrichter, Revierhelfer, Arbeitsanweiser, Kalfaktoren und dergleichen. Auch auf der Kammer und als Schreiber bei der Verwaltung wurden sie herangezogen. Da diesen "Kommandierten" unmittelbar die Beaufsichtigung der Gefangenen oblag, war ihre Machtstellung im täglichen Umgang mit ihren Leidensgenossen erheblich und vom Blickfeld der Gefangenen gesehen oft grösser als die des eigentlichen Aufsichtspersonals. Sie wurden von der normalen Arbeit der übrigen Gefangenen freigestellt und suchten sich die-

sen Vorzug durch harte Behandlung ihrer Mitgefangenen im Rahmen ihrer Dienstverrichtungen zu erhalten. Ausgewählt wurden die Kommandierten vom Lagervorsteher; doch mussten die Stuben = ältesten vom Kommandeur in Papenburg bestätigt werden.

Schliesslich kamen für die Aufsicht noch zwei Personen = gruppen in Betracht, ohne dass ihnen unmittelbare Weisungsrechte zustanden:

- 1) Angestellte oder auch Arbeiter der Staatlichen Mooradministration. Sie überwachten die Moorarbeiten der Gefangenen im Hinblick auf Arbeitseinsatz und -leistung.
- 2) Angehörige der Betriebe, in denen Gefangene während des Krieges arbeiteten ( z.B. die Firma Höveler und Diekhaus in Papenburg, Klatte in Esterwegen und Brual- Rhede u. andere ). Diese beaufsichtigten in gleicher Weise die Arbeiten der Gefangenen in den Betrieben.

Die Insassen der Strafgefangenenlager im Emsland bestanden ausschliesslich aus Strafgefangenen, die zu Zuchthaus - oder zu Gefängnisstrafen von mehr als einem Jahr verurteilt worden waren. Es waren zum überwiegenden Teil Kriminelle, zum geringeren Teil Häftlinge, die aus politischen Motiven straffällig geworden waren. Unter dem Kriminellen befanden sich viele Sicherungsverwahrte. Die Gefangenen entstammten den verschiedensten Zivilberufen; unter den nichtkriminellen Häftlingen befanden sich Studenten, Akademiker und ehemalige Offiziere. Obwohl in die südlichen Lager in der Mehrzahl Gefängnis -Gefangene eingewiesen wurden, bestand keine einheitliche Trennung nach Tätergattungen oder Straftat; die politischen Häftlinge blieben wohl deshalb nicht unter sich, weil man Zellenbildungen vorbeugen wollte, sie trugen auch keine besonderen Kennzeichen an der Kleidung. In den Lagern wurden nur solche Verurteilten aufgenommen, die der Arzt als moortauglich, d.h. für Arbeiten im Moor geeignet und fähig befunden hatte. Es handelte sich somit meistens um Männer jüngeren Alters.

Der Strafvollzug ergab etwa folgenden Tagesablauf, der zwar nicht in allen Lagern einheitlich war, aber doch als Norm angesehen werden kann. Die Häftlinge wurden im Sommer gegen 5 Uhr, im Winter um 5 1/2 Uhr geweckt. Ihre erste Tätigkeit bestand im Bauen der Betten. Unter der Aufsicht der Bettenausrichter und



Barackenältesten mussten die Betten mit Brettern und Schnüren so gebaut werden, bis sie scharfkantig " wie Zigarrenkisten " ausgerichtet waren. Da die Strohsäcke, besonders ihr Inhalt sehr schlecht war, konnten oft die Betten nicht so gerichtet werden, wie es die Hausordnung in sinnloser Übertreibung verlangte. Diese erste Tagesbeschäftigung war daher meist Anlass zu ständigen Schikanen durch die Kommandierten, die sich in ihren Leistungen vor dem Platzmeister überbieten wollten, und deshalb erbarmungslos auf ihre Mitgefangenen einschlugen. Nach Verrichten der Notdurft und gemeinsamem Waschen empfingen die Häftlinge das Morgenessen, das aus 1/2 Liter Suppe und Brot bestand. Die Mahlzeit wurde im gemeinschaftlichen Essraum eingenommen, der im Winter zu dieser Tageszeit noch ungeheizt war. Dann folgte der Morgenappell um 7 Uhr, der etwa 1/2 Stunde dauerte; die " Grünen " sonderten die Revierkranken aus und der Platzmeister teilte die Häftlinge zur Arbeit ein. Diese wurde fast ausschliesslich ausserhalb des Lagers durchgeführt. Es handelte sich um die Kultivierung des Moores, um Arbeiten im Wegebau, in der Landwirtschaft, in Fabrikbetrieben und in eigenen Gärten und Anwesen des Aufsichtspersonals. Bei schlechter Witterung ( Regen, Frost, Nebel ) fiel die Arbeit im Freien weg. Das Hinführen zur Arbeitsstelle und die Beaufsichtigung dort lag " den Blauen " ob. Das Arbeitstempo und die Arbeitszeit waren für einen Handarbeiter im allgemeinen nicht übermässig. Zwar sollten nach Berichten an das Reichsjustizministerium 1938 : 15 cbm Moorboden und 1939 : 25 cbm Boden täglich pro Kopf bewegt werden. Es ist jedoch nicht feststellbar, dass so hohe Arbeitsleistungen tatsächlich vollbracht worden sind. Der " Freisler - Erlass " vom 28. Oktober 1939, der die Gefangenearbeit auf täglich 12 Stunden festsetzte, wurde jedenfalls nicht eingehalten. Bei angemessener Behandlung und Ernährung war daher die Arbeit binnen der gesetzten Frist zu leisten, allerdings von den Geistesarbeitern nur unter vollem Einsatz ihrer Persönlichkeit. Mittags wurde vor Draht eine halbstündige Arbeitspause eingeschoben und die Gefangenen aus Esskübeln mit Suppe, die jedoch nicht immer ausreichend und gut gewesen sein soll, verpflegt. Gegen 17 Uhr marschierten die Kolonnen ins Lager. Wer nur innendienstfähig war, sortierte

in der sogenannten " Silberbude " Altmaterial. Nach dem Abend =  
appell empfangen die Häftlinge die Abendverpflegung. Die nun  
folgende Freizeit mussten sie in dem Gemeinschaftsraum ver =  
bringen, der im Winter nachmittags angeheizt wurde, ohne dass  
der Kanonenofen den grossen Raum wärmte, wenn sie es nicht vor =  
zogen, zu Bett zu gehen. Allabendlich um 20 Uhr wurden die Ge =  
fangenen eingeschlossen und das Lager nur ausserhalb des Drahtes  
bewacht. Zu körperlicher oder geistiger Erholung war hiernach  
schon wegen der gemeinschaftlichen Unterbringung und der Über =  
belegung keine Möglichkeit.

Die Häftlinge waren in Baracken zu je 80 - 120 Mann unter =  
gebracht; diese erhielten je einen gemeinschaftlichen Schlaf -,  
Wasch - und Aufenthaltsraum. Hatten die Häftlinge morgens die  
Lager verlassen, wurden die Baracken vom Platzmeister besich =  
tigt. Für die Säuberung war der Stubenälteste verantwortlich,  
der zur Rechenschaft gezogen wurde, wenn die von ihm betreute  
Stube von anderen nachteilig abstach. Besonders das Säubern  
der Fussböden war sehr schwierig, da die Schlafdecken in den  
Baracken ausgeschüttelt wurden und die zur Säuberung verwende =  
ten Heidebesen vielfach mangelhaft und mit Blüten versehen waren.  
Wurde eine Stube deswegen nicht in Ordnung befunden und der  
Stubenälteste gerügt, kam es wohl vor, dass dieser später die  
Stubeninsassen zwang, sich hinzulegen und den Schmutz vor sich  
herzublasen. Die Baracken durften nur mit Hausschuhen betreten  
werden.

Die Verpflegung der Gefangenen war bis zur Mitte des Krie =  
ges gerade noch ausreichend, um sie bei Kräften zu erhalten,  
wenn man den allgemeinen Gesundheitszustand der Insassen und die  
zu leistende Arbeit in Betracht zieht. Schwerarbeiter und Kranke  
erhielten Zulagen. Später wurden jedoch die Zuteilungen wie bei  
der Bevölkerung überhaupt so auch bei den Gefangenen immer  
schlechter und somit ihr Arbeitswille lustloser. Am Kriegsende  
waren etwa 20 % der Häftlinge " Krücken " d.h. stark unterer =  
nährt und nur innendienstfähig. Viele tauschten ihre Verpfe =  
gung gegen Rauchwaren unberechtigt ein, litten lieber Hunger  
und kamen so körperlich herunter; dann assen sie " vor Draht "  
rohe Kartoffeln und erkrankten an den Folgen dieses Genusses.  
Jahreszeitlich bedingte Darmerkrankungen liessen viele Häftlinge



zu " Krücken " werden. Auch der starke seelische Druck führte häufig zum körperlichen Verfall.

Die Bekleidung der Gefangenen war dürftig. Ihnen wurde je ein Hemd, eine Unterhose, Fusslappen und je zwei Baumwollanzüge ausgehändigt. Nicht alle hatten Unterjacken. Als Fussbekleidung dienten Holzschuhe und Moorstiefel, die nur an der Arbeitsstelle getragen werden durften, Mäntel besaßen sie auch im Winter nicht. Obwohl den Häftlingen ausser den empfangenen zwei Decken für die Winterzeit zwei weitere Decken zugeteilt werden sollten, erhielten sie diese im Kriege nicht, weil Bestände an die Wehrmacht hatten abgegeben werden müssen; die festgestellte Höchstzahl betrug 3 Decken. Sie froren daher bei strengem Frost nachts erheblich und konnten oft keinen Schlaf finden, da der Schlafraum nicht heizbar und es Vorschrift war, dass sich die Häftlinge bis auf Hemd und Unterhose ausziehen mussten. Bei Regen hängten sie sich ihre Decken um.

Die sanitären Verhältnisse in den Lagern waren ebenfalls unzureichend. Es bestand zwar in jedem Lager ein Revier mit einem Sanitätswachtmeister. Die ärztlichen Kräfte reichten jedoch im Hinblick auf die hohe Zahl an Gefangenen und den grossen Anfall an Kranken nicht aus, um alle zu behandeln. Wegen der weiten örtlichen Entfernungen der Lager zueinander machte sich auch der zunehmende Benzinmangel sehr nachteilig spürbar; auch stand nur ein Dienstwagen der Justizverwaltung zur Verfügung. Die Ärzte konnten daher nicht täglich jedes Lagerrevier aufsuchen und die Zeitspanne zwischen ihren Besuchen wurde gegen Ende des Krieges immer grösser. Bei den Krankheiten handelte es sich meist um starke Durchfälle, die auf Fehler der Ernährung und das Klima, sowie Ekzeme, die auf den Seife- und Waschmangel zurückzuführen waren, und um wund Füsse, bedingt durch die Arbeiten in den feuchten Moorkuhlen. In jedem Lager befand sich zwar eine Revierbaracke mit einem Sanitätswachtmeister, doch fasste sie nicht die Vielzahl der Kranken. Um ein Überhandnehmen von Krankmeldungen der Gefangenen vorzubeugen, griffen daher die Sanitätsbeamten oftmals zu dem unzulässigen Mittel, dass sie die Kranken selbständig behandelten und nur schwere Fälle ihrer Wahl dem Arzt meldeten, der so vom Gesundheitszustand der Lagerinsassen ein falsches Gesamtbild erhielt. Den Tod bescheinigte

der jeweilige Lagerarzt. Das Original ging über den Lagervorsteher an den Kommandeur, eine Durchschrift davon an das Hauptlazarett in Papenburg zu Händen von Dr. Hillmann. Es besteht der Verdacht, dass Todesfälle hinsichtlich ihrer eigentlichen Ursache vereinzelt ungenau von den Lagerärzten gebucht worden sind. Einen Vergleich zur Sterblichkeitsziffer der Zivilbevölkerung zu ziehen, ist nicht möglich, da die Lager ständig Zu- und Abgänge gehabt hätten und daher feste Vergleichszahlen fehlen.

Abschliessend ist festzustellen, dass die Verhältnisse in den 7 Lagern und selbst innerhalb desselben Lagers wieder zu verschiedenen Zeiten sehr ungleich gewesen sind. Die Einstellung des jeweiligen Aufsichtsführers spielte dabei eine ausschlaggebende Rolle; denn es hat auch Beamte und Wachmänner mit einwandfreier dienstlicher Führung gegeben. Die Verpflegung war teils annehmbar teils schlecht und ihr entsprach der Ernährungszustand der Häftlinge, die Arbeitsanforderung teils hoch, teils ohne weiteres erfüllbar, die Zumutungen im inneren Dienst teils nicht derträchtig teils vertretbar, die Fürsorge für die "Krücken" teils vorhanden, teils völlig zu vernachlässigen; im Winter standen hier 3 Decken dort nur 2 zur Verfügung, nachdem die vierte Decke an die Wehrmacht hatte abgegeben werden müssen. Das gesamte Lagerleben litt naturgemäss unter der zunehmenden Verknappung aller lebenswichtigen Güter mit der langen Dauer des Krieges und den immer fühlbarer werdenden Folgen der Luftangriffe für die allgemeine Versorgung. Die Häftlinge teilten insoweit das Schicksal der Zivilbevölkerung schlechthin, verfielen aber schneller und nachhaltiger als diese in ihrem körperlichen, geistigen und sittlichen Erscheinungsbild. Einhellig war die Darstellung aller Zeugen nur in einem Punkte: Die Gefangenen wurden laufend schwer misshandelt von den kommandierten Häftlingen, die aus Angst, auf die Stufe des einfachen Häftlings zurückzusinken, aus ihren Leidensgenossen das Letzte herausholten, sich aber auch nicht scheuten, sich auf Kosten ihrer Mitgefangenen zu bereichern. Misshandelt haben aber auch in weitem Umfange die "Grünen" und die "Blauen".

Die Häftlinge waren gegen diese ihre Lage fast machtlos; denn die Beschwerdemöglichkeit, die ihnen die Lagerordnung an



sich gewährte, stand nach der Darstellung fast sämtlicher Zeugen aus den Kreisen der ehemaligen Häftlinge praktisch auf dem Papier. Selbst wenn Platzmeister oder Lagervorsteher ihre Beschwerde anhörten, so wurden ihre Angaben doch im allgemeinen als übertrieben oder unglaubwürdig abgetan und nur selten gegen den Schuldigen etwas veranlasst. Das Ergebnis sei gewesen, dass sie dann dem Unmut der Aufsichtspersonen in besonderem Masse ausgesetzt gewesen seien und aus Furcht davor lieber Unrecht hingenommen als vorgebracht hätten. Vor allem hätten es nur wenige gewagt sich über die Kommandierten zu beschweren, weil diese oder deren Kameraden derartige Vorstellungen mit schwersten Misshandlungen durch "Rollkommandos" zu rächen pflegten.

Diese allgemeinen Feststellungen beruhen vornehmlich auf den Bekundungen der Zeugen Dr. Hillmann, Dr. Evers, Dr. Orth, Schmitt, Hilmar, Schmidt, Daniels, Baldauf, Dait, Hammacher, z. Teil auch auf den Angaben der Angeklagten und auf vielen Einzelangaben die die anderen Zeugen übereinstimmend gemacht haben.

## II.

Auf der anderen Seite muss anerkannt werden, dass die Lage der Aufsichtsbeamten nicht einfach war. Ihre Zahl war vor wie hinter Draht zu gering; vor allem waren die Arbeitskommandos, die Stärken bis zu 300 Mann erreichten, zu gross im Verhältnis zu den sie begleitenden Wachmännern (etwa 7 Mann). Vornehmlich im Frankreichseinsatz des Kommandos X machten sich diese Mängel bemerkbar, so dass zahlreiche Gefangene entweichen konnten. Ein Lager<sup>er-</sup>vollzug fordert auch gegenüber dem Anstaltsvollzug besondere Führereigenschaften, die den Angeklagten als einfachen Leuten meist nicht eigneten. Diese Fähigkeiten sind vor allem dann unerlässlich, wenn sich unter den Häftlingen in Massen solche befinden, die nur schwer erziehbar sind. Daran hat es unter den Kriminellen nicht gefehlt. Die Zahl der Sicherungsverwahrten war bedeutend. Hingegen rückten die Häftlinge mit guter Führung in Vertrauensstellungen der Verwaltung auf oder wurden als Soldaten wieder zur Wehrmacht abgestellt. Selbst ehemalige Häftlinge - wie die Zeugen Hammacher, Woltemade und Baldauf, die mit offenen Augen durch die Lager gegangen sind -

haben freimütig bekannt, es sei bei manchen Mitgefangenen ohne Prügel nicht gegangen, weil man sie durch Ermahnungen allein zur Ordnung nicht hätte anhalten können; sie hätten sich an Stelle der Beamten bisweilen auch nicht anders als mit dem Gummiknüppel zu helfen gewusst. " Es waren viele Lumpen darunter ", hat der von allen Häftlingen ob seiner väterlichen Fürsorge hochverehrte Zeuge Sanitätswachtmeister Schmitt bekundet und das Schwurgericht gebeten, diesen Gesichtspunkt nicht unbeachtet zu lassen.

Ein geordneter Strafvollzug ist erfahrungsgemäss ohne straffe Führung nicht möglich. Das gilt schon für feste Anstalten mit ihrem Einzelvollzug, erst recht aber für Lager, wo die Häftlinge zu grossen Gemeinschaften zusammengeschlossen sind und ihren Wärtern als geschlossene, keineswegs stets willige Masse gegenübertreten. Die Strafvollzugsordnung vom 22. Juli 1940 sah daher Hausstrafen vor, die im Entziehen von Vergünstigungen, im Strafsport von 20 bis zu 60 Minuten, im Vorbringen in den Arrest mit den verschiedensten Erschwerungen und in der Überweisung in eine Strafkompagnie bestanden, wo der Häftling härtere Arbeit - z.B. Jauchefahren - als die übrigen Kommandos leisten musste. Nr. 193 und 194 StVO. ermächtigen aber auch heute noch den Aufsichtsbeamten unter gewissen Voraussetzungen Hieb -Stoss - oder Schusswaffen gegen die Gefangenen anzuwenden, soweit es " zur unmittelbaren Erzwingung eines im Rahmen der Anstaltsgewalt geforderten Verhaltens nach seinem pflichtgemässen Ermessen geboten ist. Er darf insoweit von der Waffe Gebrauch machen, wenn Gefangene einzeln oder vereint Widerstand leisten, ihn oder einen anderen tätlich angreifen, mit einem Angriff bedrohen oder sonst mit Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nötigen suchen. Muss Gewalt angewendet werden, so soll eine schärfere Massnahme nur ergriffen werden, wenn eine leichtere keinen Erfolg verspricht."

Aktiver Widerstand wurde nur vereinzelt geleistet. Er war zur Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung zu brechen und wurde durch Schläge mit dem Gummiknüppel gebrochen; dies lässt § 193 der Strafvollzugsordnung eindeutig zu. Die Frage ist jedoch, ob auch ein beharrlicher Ungehorsam gegenüber einem wiederholt erteilten Befehl oder ein mutwilliges Hinwerfen zu Boden und



7

die herausfordernde Nichtaufnahme der Arbeit trotz aller Ermahnung mit Gewalt gebrochen werden durfte. Derartige Fälle ereigneten sich nicht selten auf den Arbeitsstellen.

Die Angeklagten tragen zu diesen "Passiven Widerstand", wie er in der Lagersprache genannt wurde, übereinstimmend folgendes vor :

Immer wieder seien den Wachmannschaften Hinweise für die richtige Anwendung der §§ 193, 194 der Strafvollzugsordnung erteilt worden, z. B. in der Parole an drei Abenden im Monat. In diesen Unterrichtsstunden hätten ihre Vorgesetzten sie ständig dahin belehrt, dass sie auch passiven Widerstand mit Gewalt, d. h. unter Anwendung des Gummiknüppels brechen dürften, wenn der Gefangene trotz wiederholter Aufforderung sich weigere, der pflichtentsprechenden Anordnung nachzukommen. Die leichtere Massnahme der Ermahnung oder Abführung in Arrest sei oft undurchführbar gewesen und hätte auch keinen Erfolg versprochen. Es habe vor allem an Wachpersonal gefehlt, um den Täter von den oft entlegenen Arbeitsplätzen vom Moor ins Lager abzuführen. Wäre solches dennoch geschehen, hätten die Mitgefangenen daraus sofort die Lehre gezogen, dass dies ein Weg sei, sich vor weiterer Arbeit zu drücken. Auch habe ohne sofortiges Durchgreifen bei dem allgemeinen Misstrauen der Häftlinge eine Meuterei im Bereich der Wahrscheinlichkeit gelegen, die die Lage nur noch verschlimmert hätte. Über den Gebrauch des Gummiknüppels habe das Aufsichtspersonal Meldung beim Platzmeister bzw. Lagervorsteher erstatten müssen. Das sei auch in grossem Umfang geschehen, oft aber auf Wunsch der Gefangenen unterblieben, damit nicht durch die Meldung der Zwischenfall aktenkundig und ein Gnafenerweis dadurch beeinträchtigt werde. Der Vorsteher habe bei einer Meldung die Pflicht gehabt, den Gefangenen sowie den Beamten anzuhören und zu entscheiden. Im übrigen habe sich der Gefangene auch beschweren können, wenn er der Meinung gewesen sei, man habe ihm Unrecht zugefügt.

Diese Einlassung stimmt überein mit dem Inhalt einer Weisung des Kommandeurs der Strafgefangenenlager im Emsland, die in Abschrift nicht mehr vorhanden ist, aber ihren Niederschlag gefunden hat in der verlesenen Dienststrafverfügung des Kommandeurs vom 14. Juli 1943 gegen den Wachmann Peter Krath ( vergl.

Anlage 7 Bl. 238); dort heisst es :

" Wiederholt sind die Wachmannschaften darüber belehrt worden, dass sie kein Züchtigungsrecht besitzen, sondern den Gummiknüppel nur zur Brechung aktiven, im äussersten Falle auch passiven Widerstandes anwenden durften. " Erhalten ist ferner die gleichfalls verlesene Niederschrift über eine dienstliche Besprechung des Kommandeurs mit einem Vertreter des Justizministeriums vom 8. Februar 1943; darin ist vermerkt : " Stellt der Kommandoführer nach eigener Prüfung fest, dass Arbeitsverweigerung vorliegt, so ist in den gebotenen Grenzen unmittelbarer Zwang anzuwenden und hierüber Meldung zu erstatten" ( Anlage 14 Bl. 115). Da die Angeklagten der Weisung ihres Kommandeurs entsprechend und im Glauben an ihre Rechtmässigkeit gehandelt haben, so steht ihnen, selbst wenn die Weisung durch die Vorschrift der Nr. 193 StVO, nicht gedeckt sein sollte, zumindest der Schutz des § 59 StGB. zur Seite; denn sie befanden sich im Irrtum über eine nicht dem Strafrecht zugehörige Rechtsnorm. Bei ihrem schlichten Bildungsgrad war dieser Irrtum auch nicht durch Fahrlässigkeit verschuldet.

Das Schwurgericht ist jedoch der Auffassung, dass dem Einschreiten beim passiven Widerstand wie der Gewaltanwendung überhaupt Grenzen der Angemessenheit gezogen sind; die Häftlinge durften keineswegs zusammengeschlagen werden, so dass sie gesundheitliche Schaden davontrugen.

### III.

Die Straftaten der einzelnen Angeklagten hat die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift nur in grossen Umrissen beschrieben, weil sie vom Begriff des fortgesetzten Verbrechens ausging. Die Zusammenfassung mehrerer Angriffsakte zum fortgesetzten Verbrechen oder einer ihm ähnlichen Rechtsfigur enthebt die Anklagebehörde aber nicht der verfahrensrechtlichen Verpflichtung aus § 200 StPO., die Tat in der Anklage so zu bezeichnen, dass der Angeklagte eine Vorstellung davon hat, was ihm zur Last gelegt wird, damit er seine Verteidigung darauf einzurichten vermag. Dieser Gesetzesvorschrift zu genügen, bereitet zweifellos in einem Verfahren wie im vorliegenden erheb-



liche Schwierigkeiten, weil es den Zeugen selbst Mühe macht, die Vorfälle näher zu umgrenzen, wo nicht sie, sondern andere die Leidtragenden waren. Das Schwurgericht ist der Auffassung, dass die Frage, welche Taten überhaupt angeklagt sind, im Zusammenhang mit der den Verteidigern gewährten Akteneinsicht dahin zu lösen ist, dass alle Vorgänge zur Entscheidung gestellt sind, die die im Ermittlungsergebnis der Anklage genannten Zeugen bei ihren polizeilichen oder richterlichen Verhören dargestellt haben.

Die Vernehmung der Belastungszeugen vollzog sich unter besonderen Formen, die durch die Eigenart ihrer Aufgabe gekennzeichnet war. Sie sollten über Vorgänge berichten, die schon über viele Jahre zurückliegen. Soweit sie nicht selbst Opfer einer Misshandlung waren und daher Einzelheiten berichten konnten, gaben die meisten von ihnen zunächst nur allgemeine Eindrücke wieder, ohne die Vorgänge zu umgrenzen, indem sie etwa sagten, der betreffende Angeklagte habe wiederholt (oft, sehr oft) die Gefangenen mit dem Gummiknüppel geschlagen. Auf Vorhaltungen des Vorsitzenden gaben die Zeugen dann wohl Einzelheiten, ohne jedoch in allen Fällen die Beobachtung nach Zeitpunkt und Anlass umgrenzen zu können. Das Erinnerungsbild belebte sich in bisher abgedunkelten Teilen. Anschliessend versuchten dann noch regelmässig Staatsanwalt und Verteidiger den Zeugen zu weiteren Mitteilungen zu veranlassen und nicht selten schalteten sich auch die Angeklagten selbst mit lebhaften Vorhaltungen ein, die bisweilen zu förmlichen Zwiegesprächen führten, um auf diese Weise die Erinnerung aufzufrischen. Diese Art des Eindringens in die Zeugen, die sehr zeitraubend, aber unerlässlich war, um die Wahrheit ans Licht zu fördern, führte naturgemäss zu gewissen Änderungen der ursprünglichen Darstellung, die die Zeugen zunächst auf Veranlassung des Vorsitzenden gegeben hatten. Es blieb bei allen eine bisweilen breitere, bisweilen schmalere Randzone in ihrer Aussage, die als unsicher bezeichnet werden muss. Das gilt nicht zuletzt für ihre Antworten auf Fragen, wie oft denn der Angeklagte geschlagen habe; hier flüchteten sich die Zeugen vielfach in eine Schätzung, wobei offenbar wurde, dass ihrer Erinnerung konkrete Einzelheiten fehlten. Das Schwurgericht hat daher aus den belastenden Aussagen, soweit



sie sich überhaupt zu genauen Angaben verdachten, mit der dem Richter geziemenden Vorsicht nur den jeweils eindeutigen Kern herausgeschält und seiner Urteilsfindung zugrunde gelegt. Aussagen von Zeugen, die nur zu berichten wussten, was andere ihnen ohne Schilderung des Einzelfalles erzählt, sie selbst aber nicht wahrgenommen hatten, schieden als einzige Urteilsgrundlage aus, weil sie sich in Werturteilen erschöpften.

Es musste bei der Wertung der Zeugenaussagen auch der Eigenart dieses Strafverfahrens Rechnung getragen werden. Als Zeugen traten gegen die Angeklagten auf, frühere Häftlinge, die zu einem Teil nicht unerheblich vorbestraft sind. Die kriminelle Veranlagung, soweit sie aus den Vorstrafen geschlossen werden kann, braucht zwar nicht notwendig auch mit mangelnder Wahrheitsliebe gekoppelt zu sein. Immerhin verraten kriminelle Vorstrafen Charakterdefekte, die zur Vorsicht mahnen. Abgesehen davon, dass es sich zum grossen Teil um Vorbestrafte handelte, kommt hinzu, dass diese jetzt als Zeugen gegen diejenigen aufzutreten, die früher ihre Wächter waren. Das erhöht die Gefahr, dass Rache genommen wird, sei es, dass man Nicht-Erlebtes bekundet oder Erlebtes übertreibt. Es kommt hinzu, dass die Zeugen ihre Wahrnehmungen gemacht haben in einer Zeit, wo sie sich in schwerster körperlicher Verfassung und seelischer Bedrückung befanden und dass sie auch nach diesen Erlebnissen teilweise noch schwersten Strapazen an Körper und Seele ausgesetzt gewesen sind. Ebenso haben die Angeklagten lange Freiheitsentziehung unter schwerster Belastung in körperlicher und seelischer Beziehung hinter sich, wodurch auch ihr Erinnerungsvermögen geschwächt ist.

Auch der Gefahr der Einseitigkeit ist sich das Schwurgericht bewusst gewesen, die sich aus der Schwierigkeit für die Angeklagten ergab, entlastende Beweismittel herbeizuschaffen. Während sie in Internierungs- und Untersuchungshaft sassen und daher naturgemäss in der Vorbereitung ihrer Verteidigung beschränkt waren, konnte der Untersuchungsrichter in mehr als hundert deutschen Zeitungen Anzeigen aufgeben und Belastungszeugen finden. Diese Möglichkeit stand den Angeklagten schon finanziell nicht offen. Es mag daher manchen Häftling geben, dem der eine oder andere Angeklagte auch etwas Gutes erwiesen hat



und der sich wohl melden würde, wenn er von diesem Prozess erführe, um für den Angeklagten einzutreten. Viele Persönlichkeiten, die für die Angeklagten Zeugnis abgelegt haben, sind umstritten; denn sie gehörten naturgemäss selbst einmal zu den "Blauen" oder "Grünen", zu den "Kommandierten", den Vorarbeitern oder Arbeitgebern. Die Spannungen zwischen den beiden Zeugengruppen sind auch heute noch bei den meisten keineswegs seelisch überwunden. Die Belastungszeugen verdächtigen jeden, der sich für die Angeklagten einsetzt, als Helfershelfer ihrer "Schinder", die Entlastungszeugen jene als asoziale, die nur der Gummiknüppel zu einem gemeinschaftsmässigen Verhalten bewegen konnte. Ein ehemaliger politischer Strafgefangener, der drei Jahre im Lager II inhaftiert war und im April 1945 als "Krücke" von 86 Pfund an Stöcken den Weg in die Freiheit zurückging, hat die Gefahrenlage dieses Prozesses warnend dahin umschrieben: "Renitente Strafgefangene, allen Disziplinen und Ordnungsbestimmungen sich widersetzend, glauben heute Vergeltung üben zu müssen." Solche Zeugen sind auch in diesem 3. Embland-lagerprozess aufgetreten.

Ein anderer ehemaliger politischer Häftling, der Zeuge Woltemade, der mit wenigen Unterbrechungen von 1942 bis zum Zusammenbruch im Lager VII eingesperrt hat und heute als Personalchef einen verantwortlichen Posten auf dem Flughafen in Oldenburg bei der englischen Besatzungsmacht bekleidet, hat dem Schwurgericht erklärt, die ehemaligen politischen Strafgefangenen wunderten sich darüber, dass in diesem Verfahren kriminell bestrafte ehemalige Strafgefangene als Zeugen auftraten und dass man diesen Glauben schenke; gerade die "Kriminellen" hätten damals als Baracken- und Stubenälteste in den Lagern die politischen Häftlinge am meisten misshandelt und sie wären von den politischen Häftlingen allgemein verachtet worden.

Von der Parteilichkeit und Hass und Gunst verwirrt, schwankt ihr Charakterbild in der Geschichte. Dieser abgewandelte Satz gilt für alle Angeklagten. Die ungewöhnlich schwierige Frage, vor die sich Richter und Geschworene immer erneut gestellt sahen,

war diese; Inwieweit dürfen wir einem Belastungszeugen, der nicht bloss wegen einer politischen Tat bestraft worden ist, Glauben schenken und inwieweit haben selbst bei einem politischen Häftling oder einem nur Gestrauchten, also einem an sich gutwilligen Zeugen Regungen eines begreiflichen Hasses, häufiger Bericht und das Gefallen an der Rolle, die ihm vor der Öffentlichkeit zufiel, die Erinnerung verfälscht. Wir haben versucht, sie nach besten Kräften zu lösen.

#### IV.

Unter ständiger Besinnung auf die bezeichneten Schwierigkeiten, die trotz vielfältiger und unablässiger Bemühungen aller Prozessbeteiligten nicht behoben werden konnten, hat das Schwurgericht die einzelnen Taten der Angeklagten wie folgt festgestellt :

A. Der Angeklagte Dubbel ist der Sohn eines Landwirts und erlernte nach der Entlassung aus der Volksschule das Fleischerhandwerk. In den Sommermonaten arbeitete er als Maurerlehrling. Obwohl er eine Gesellenprüfung in beiden Berufen nicht ablegte, übte er in der Folgezeit bis etwa 1928 beide Handwerke als Geselle aus. Von 1928 bis 1933 war er in der Landwirtschaft tätig. Im November 1933 wurde er auf seine Bewerbung in die SA-Wachmannschaft der Emslandlager übernommen; er war damals SA-Truppführer. Nach einer kurzen Ausbildung im Lager Oberlangen war er ohne Unterbrechung von Dezember 1933 bis Februar 1938 im Lager Börgermoor tätig. Von Börgermoor wurde er in das Lager Esterwegen versetzt. Seine Tätigkeit in Esterwegen wurde durch eine vorübergehende Abkommandierung zum Lager Bathorn, Kreis Bentheim, vom Frühjahr 1939 bis zum Kriegsausbruch und durch seine Einberufung zum Wehrdienst von März bis Oktober 1940 unterbrochen. Wegen eines Beinleidens wurde er als dienstuntauglich aus der Wehrmacht entlassen. Im Dezember 1942 wurde er in die Zentralverwaltung nach Papenburg versetzt, aus der er am 10. März 1944 ausschied, nachdem er als Oberwachtmeister in den Polizeidienst übernommen worden war. Im August 1944 wurde er wieder zur Wehrmacht einberufen und geriet November 1944



in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der er im September 1946 entlassen wurde. Im Jahre 1934 wurde er zum Gruppenführer und zum Wachtmeister ( spätere Dienstbezeichnung Halbzugführer), im Jahre 1935 zum Oberwachtmeister ( Zugführer) und im Jahre 1936 zum Hauptwachtmeister ( Hauptzugführer) befördert. Diesen Dienstrang führte er bis etwa Februar 1943. Dann wurde er in das Angestelltenverhältnis übernommen und als Wachsturmbannführer besoldet. Nach seiner Beförderung zum Wachtmeister im Jahre 1934 wurde er als Platzmeister beschäftigt. Seit Herbst 1936 machte er Dienst als Hauptwachtmeister. In dieser Stellung war er bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht tätig. Danach war er als Einheitsführer eingesetzt. Der SA. und der Partei gehörte er seit dem Jahre 1931 an. Zuletzt hatte er den Dienstrang eines Hauptsturmführers. In den Lagern führte er den Spitznamen " Staubwolke". Er ist verheiratet mit Luise Dubbel geb. Osterkamp. Aus der Ehe sind 2 Kinder hervorgegangen.

Vom 15.4.1947 bis 23.12.1947 befand er sich wegen des Verdachts von Gefangenemißhandlungen in Internierungshaft und vom 23.12.1947 bis 15.12.48 aus demselben Grunde in Untersuchungshaft.

Als Wachmann und als Platzmeister im Lager Börgermoor misshandelte der Angeklagte viele Strafgefangene. Er schlug mit der Hand, mit der Faust, mit einer Reitpeitsche oder anderen Werkzeugen oder trat sie mit dem Fuss. Weiter duldete er, dass die ihm untergebenen Wachmannschaften Gefangene misshandelten. Im einzelnen sind folgende Fälle erwiesen:

- 1.) Im Mai 1934 versetzte er dem Zeugen Steinmetz einen Tag nach dessen Einlieferung in das Lager ohne jeden Anlass einen Tritt in das Gesäss, nachdem er ihn vorher Kniebeuge hatte machen lassen, sodass der Zeuge vornüber fiel.
- 2.) Denselben Zeugen trat er einige Zeit später eines Mittags beim Essenempfang mit dem Stiefel.
- 3.) und 4.) Die Gefangenen holten sich häufiger, um ihren Hunger zu stillen, Kartoffelschalen von den Küchenabfällen und kochten sie. Der Zeuge Laurinat wurde bei der Gelegenheit zweimal vom Angeklagten erwischt und erhielt von ihm mit einer Reitpeitsche sieben bis acht Schläge über den Rücken, so dass sich blutunterlaufene Stellen zeigten. Zwischen diesen beiden Misshandlungsfällen lagen einige Tage.
- 5.) Als derselbe Zeuge eines Tages einen Kameraden von der Strafkompagnie besuchte, was verboten war, ergriff ihn Dubbel und

schlug ihn mit dem Kopf gegen den Türpfosten. Verletzungen sind nicht eingetreten.

6.) Der Zeuge Laurinat und andere Strafgefangene hatten eines Tages von der Arbeit im Wirtschaftslager Kartoffeln in ihren Taschen mit ins Lager gebracht. Im Lager mussten sie diese Kartoffeln auf einen Haufen ausschütten. Der Zeuge, der einer der letzten war, behielt drei Kartoffeln in der Tasche. Das bemerkte Dubbel und versetzte ihm darauf mit dem Stiefel drei bis vier Tritte in das Gesäss.

7.) Der Zeuge Kutz, der von Februar bis Oktober 1936 im Lager I einsass, bekundet, dass Dubbel einmal einen Häftling mit der Faust ins Gesicht geschlagen hat, weil er sein Bett nicht vorschriftsmässig gebaut hatte.

8.) Als Strafe zwang Dubbel, so bekundet dieser Zeuge, Häftlinge im Sommer während der grellen Mittagssonne ohne Kopfbedeckung stundenlang am Tor im Freien zu stehen. Einen Fall, der ernstere Folgen hatte, schildert der Zeuge Kutz: ein jüdischer Häftling namens Lilienthal, der auf Anordnung von Dubbel im Sommer 1936 von etwa 11 bis etwa 13 1/2 Uhr mittags in der grellen Sonne stehen musste, fiel schliesslich vor Erschöpfung um, so dass er weggetragen werden musste.

9.) und 10.) Wie der Zeuge Kutz weiter bekundet, schlug Dubbel ständig Häftlinge ohne jeden Anlass mit der Hand. Dasselbe bekundet auch der Zeuge Steinmetz. Eine genaue Anzahl dieser Miss-handlungen konnten die Zeugen nicht angeben; der Zeuge Kutz meint, mindestens 20 derartige Fälle selbst gesehen zu haben; der Zeuge Steinmetz hat zwei bis drei dieser Fälle als sicher angegeben. Mit Rücksicht auf die verflossene lange Zeit - 13 - 15 Jahre - wird sich eine annähernd genaue Zahl dieser Vorfälle auch nicht mehr mit Sicherheit nachweisen lassen. Da die Zeugen Kutz und Steinmetz teilweise zur selben Zeit - 1936 - als Gefangene im Lager I einsassen, ist nicht ausgeschlossen, dass sie dieselben Vorgänge beobachtet haben. Aus diesen Gründen sieht das Schwurgericht nur zwei Fälle dieser Art als sicher erwiesen an.

11.) Im Juni 1936 schlug Dubbel einen Gefangenen, der unbefugt in eine andere Baracke gegangen war, mit der flachen Hand ins Gesicht, so dass er zu Boden fiel.



12.) Einige Zeit später schlug er einen anderen Gefangenen, der sich bei ihm wegen angeblicher Misshandlungen beschweren wollte, auf dem Hof mit der flachen Hand ins Gesicht. Als der Gefangene darauf zu Boden fiel, wurde er mit Wasser bespritzt, worauf er wieder zu sich kam.

Die Fälle 11 und 12 hat der Zeuge Ruppert, der über ein gutes Erinnerungsvermögen verfügte, anschaulich geschildert.

13.) Den Zeugen Grouls, der wegen Vorbereitung zum Hochverrat von Januar 37 bis Januar 38 im Lager I einsass, schlug Dubbel vier Tage vor seiner Entlassung dreimal mit dem Reitstock über den Kopf, weil er sich am Tor umsah. Verletzungen dieser Misshandlung sind nicht geblieben..

14.) Bei Ankunft des Gefangenentransports im Lager I im Januar 1937, bei dem sich auch der Zeuge Eggerath, ein politischer Häftling, befand, wies der stellvertretende Platzmeister den Angeklagten Dubbel daraufhin, dass es sich bei den Neuankömmlingen in der Hauptsache um politische Gefangene handele. Dubbel liess daraufhin die Häftlinge eine Art Spiessruten laufen, indem die Wachmannschaften eine Gasse bildeten und mit Stöcken, Gewehrkolben, Tritten und Faustschlägen die Gefangenen misshandelten. Einen ähnlichen Vorfall bekundet auch der Zeuge Grage. Da beide Zeugen um dieselbe Zeit im Lager I einsassen, besteht die Möglichkeit, dass beide denselben Vorgang beobachtet haben. Zu Gunsten des Angeklagten nimmt deshalb das Schwurgericht nur einen Fall dieser Art Misshandlung an.

15.) Im Frühsommer 1937 trat Dubbel den Zeugen Eggerath beim Einrücken mit dem Stiefel, weil er nicht schnell genug ging.

16.) - 20.) Auch der Zeuge Eggerath hat gesehen, dass Dubbel bei jeder Kleinigkeit und Ordnungswidrigkeit andere Gefangene wahllos getreten hat. Dasselbe bekunden auch die Zeugen Grouls und Scheel. Diese drei Zeugen sassen teilweise zur selben Zeit im Lager ein, so dass es möglich ist, dass sie dieselben Vorgänge beobachtet haben. Eine Überschneidung mit den unter Ziffer 9.) und 10.) von den Zeugen Kutz und Steinmetz bekundeten Vorfällen ist aber ausgeschlossen, da diese Zeugen nicht mehr um diese Zeit im Lager I waren. Über die Anzahl dieser Misshandlungen haben die Zeugen Eggerath, Grouls und Scheel keine genauen Angaben machen können, da diese Vorfälle nach ihrer Schilderung fast alltäglich waren. Die Zeugen Grouls und Scheel schätzen die

Anzahl auf etwa 30 Fälle; der Zeuge Eggerath meint, 5 solcher Fälle mit Sicherheit gesehen zu haben. Das Schwurgericht hält deshalb nur 5 Fälle dieser Art für erwiesen.

21.) Als der Zeuge Mawick am Tage der Einlieferung im Lager I 1937 mit einem Kommando mit Strohsäcken am Lagereingang antreten stand, kam Dubbel hinzu und trat aus einem nichtigen Anlass wahllos mit den Füßen zwischen die Angetretenen. Dabei erhielt der Zeuge von Dubbel einen Fusstritt vor das Schienbein, der so heftig war, dass er umfiel.

22.) - 24.) Der Angeklagte trat nicht nur beim Antreten, bei Arbeitseinteilungen usw. bei jeder Kleinigkeit wahllos die Gefangenen mit Füßen, sondern schlug sie auch mit der flachen Hand ins Gesicht. Das bekunden übereinstimmend die Zeugen Mawick, Grage und Scheel, die teilweise zu derselben Zeit als Häftlinge im Lager I waren. In ihren Schätzungen über die Anzahl dieser Vorfälle gehen ihre Meinungen weit auseinander. Der Zeuge Grage, der vom 25.1.1937 bis 8.3.38 im Lager I einsass, schätzt ihre Anzahl auf 200 - 300 Fälle; der Zeuge Scheel meint, mindestens 10 derartiger Fälle gesehen zu haben, während der Zeuge Mawick nur 3 bis 4 Fälle dieser Art Misshandlung als sicher angibt. Das Schwurgericht hält die Angabe des Zeugen Grage für reine Schätzung. Um ganz sicher zu gehen, sieht es zu Gunsten des Angeklagten nur 3 dieser Fälle mit Sicherheit als erwiesen an.

25.) Der Zeuge Grage sagt aus, dass Dubbel ihn auch einmal selbst beim Antreten ohne jeden Grund mit der Hand geschlagen hat. Die nähere Zeit kann der Zeuge nicht angeben. Es muss im Sommer 1937 gewesen sein.

26.) Einen Häftling namens Witt von der Strafkompagnie, der inzwischen verstorben ist, schlug der Angeklagte im Sommer 1937 beim Sandschießen. Ob er mit der Hand oder mit dem Gummiknüppel geschlagen hat, konnte heute nicht mehr festgestellt werden. Zu Gunsten des Angeklagten geht das Schwurgericht davon aus, dass er nur mit der Hand geschlagen hat. Dieser Fall kann nicht von den bereits geschilderten Fällen erfasst sein, da er sich bei der Strafkompagnie zutrug, nicht aber im normalen Lagerbetrieb.

Die festgestellten einzelnen Taten beruhen auf den Bekundungen folgender Zeugen:

Fälle 1.) und 2.) Zeuge Steinmetz



- Fälle 3.) - 6.) Zeuge Laurinat  
Fälle 7.) und 8.) Zeuge Kutz  
Fälle 9.) und 10.) Zeugen Kutz und Steinmetz  
Fälle 11.) und 12.) Zeuge Ruppert  
Fall 13.) Zeuge Grouls  
Fall 14.) Zeugen Eggerath und Grage  
Fall 15.) Zeuge Eggerath  
Fälle 16.) bis 20.) Zeugen Eggerath, Grouls und Scheel  
Fall 21.) Zeuge Mawick  
Fälle 22.) bis 24.) Zeuge Mawick, Grage und Scheel  
Fälle 25.) und 26.) Zeuge Grage.

Der Angeklagte bestreitet die ihm zur Last gelegten Mißhandlungen. Er gibt zu, mal einen Gefangenen getreten oder geschlagen zu haben, wenn Grund dafür vorgelegen habe; er habe sich aber stets in den Grenzen der ihm zustehenden Befugnisse gehalten. Nach der Vernehmung eines jeden Zeugen noch einmal zu der Bekundung gehört, erklärt er, er könne sich auf den Zeugen und die von diesem bekundeten Vorfälle nicht entsinnen, da inzwischen 12 - 15 Jahre verstrichen seien.

Diese Einlassung des Angeklagten wird widerlegt durch die Aussagen der oben angeführten Zeugen. Fast alle Zeugen, die zum Teil zu verschiedenen Zeiten im Lager I eingesessen haben, stimmen darüber überein, dass der Angeklagte als Platzmeister wiederholt und ohne jeden Grund geschlagen oder mit den Füßen getreten hat. Bedenken gegen ihre Glaubwürdigkeit bestehen nicht. Es handelt sich bei den Zeugen meist um ehemalige politische Häftlinge. Ihre Aussagen haben sie leidenschaftlos und sachlich gemacht; sie haben sie auch beschworen. Einen besonderen Anhaltspunkt für die Glaubwürdigkeit hat das Schwurgericht darin gefunden, dass die Zeugen, die sich nicht kennen und aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands kommen, für den Angeklagten typische Misshandlungsmethoden bekunden, die übereinstimmen. Ein weiterer Gesichtspunkt war, dass die Zeugen nicht nur belasteten, sondern anderen Angeklagten auch ein gutes Zeugnis ausstellten, oder auch dem Angeklagten, den sie belasteten, gute Seiten bezeugten. Ihren Aussagen steht nicht entgegen, dass dem Zeugen und früheren Lagerleiter Schmidt, dem damaligen Vorgesetzten des Angeklagten, keine willkürlichen Gefangenemisshandlungen

durch Dubbel bekannt geworden sind. Es ist gerichtsbezeugt, dass die Häftlinge gewöhnlich nicht wagten, Beschwerden über Misshandlungen vorzubringen, weil sie befürchteten, sich da durch Schikanen der Wachmannschaften auszusetzen. Das Schwurgericht sieht deshalb diese Fälle als festgestellt an. Weitere Einzelfälle sind nicht mit Sicherheit bewiesen.

Das Schwurgericht hat die Aussagen der Zeugen Nollmeyer, Völlert, Schmidt, Hassbach und Schwittag, die den Angeklagten ebenfalls erheblich belasten und Einzelfälle schildern, in denen der Angeklagte sie oder andere Gefangene misshandelt hat, seiner Urteilsfindung nicht zu Grunde gelegt.

Der Zeuge Nollmeyer hat zunächst seine Aussage offenbar leidenschaftlos gemacht. Im Laufe seiner wiederholten Vernehmungen hat dieser Zeuge dann aber ein über das gewöhnliche Mass hinausgehendes Interesse an der Bestrafung des Angeklagten Dubbel gezeigt. In der Hamburger Volkszeitung vom 24.9.1949 ist ein Artikel über diesen Prozess erschienen, der offenbar auf den Zeugen Nollmeyer zurückgeht, da in dem Artikel zum Schluss etwaige Zeugen, die über die Verbrechen des Dubbel im Lager Börgermoor weitere Aussagen machen können, aufgefordert werden, sich schnellstens bei dem Oberstaatsanwalt in Oldenburg und bei dem Zeugen zu melden. Darauf haben sich auch die Zeugen Laurinat und Schwittag gemeldet. Dieser Artikel enthält unter der Überschrift "Trotz Mordversuch auf freiem Fuss" offenbare Unrichtigkeiten. Es wird darin behauptet, der Mordverdacht gegen Dubbel habe den Staatsanwalt veranlasst, seine Verhaftung zu beantragen; das Gericht habe ihn weiter auf freiem Fuss gelassen. Diese Behauptung trifft insofern nicht zu, als der Staatsanwalt nicht wegen Mordverdachts, sondern wegen Fluchtverdachts gegen Dubbel und die beiden Angeklagten Fründt und Esskuchen auf Grund eines Anrufes eines angeblichen Kriminalrats Meyerbrink aus Bremen, der tatsächlich nicht existiert, den Erlass eines Haftbefehls beantragt hatte. Die Aussage des Zeugen Nollmeyer ist auch nicht frei von Widersprüchen. Während er im Vorverfahren behauptet hatte, Dubbel habe die Neuankommlinge am Tage nach der Einlieferung in das Lager wieder misshandelt, hält er das heute nicht mehr aufrecht. Seine Bekundung, Dubbel habe die Gefangenen bereits beim Aussteigen,



also am Tage der Ankunft, auf dem Bahnhof in Dörpen verprügelt und er sei selbst bei der Gelegenheit ebenfalls von Dubbel schwer misshandelt worden; erscheint nicht zweifelsfrei. Der auf seine Aussage beeidigte Zeuge Tallen, der seit 1920 Bahnhofsvorsteher in Dörpen ist und nach seiner Bekundung fast stets bei der Ausladung von Gefangenentransporten zugegen ist, hat solche Misshandlungen nie gesehen. Trotzdem wären sie ansich möglich gewesen. Es ist aber nicht anzunehmen, dass Dubbel als Platzmeister die Gefangenentransporte auf dem Bahnhof Dörpen empfangen hat. Endlich hat sich der Zeuge Nollmeyer bei der Schilderung eines Falles, wonach die Gefangenen im Sommer 1934 eines Sonntags den Strafsport verweigert hätten, und schliesslich vom Turm des Lagers aus mit dem Maschinengewehr in die Baracke 1 geschossen worden wäre, wobei es einen Verwundeten gegeben hätte, bedenklich in Widersprüche verwickelt. Bei der vorsichtigen Bewertung der Zeugenaussagen, die sich das Schwurgericht zur Aufgabe gemacht hat, muss aus diesen Gründen die Aussage des Zeugen Nollmeyer als Grundlage zur Verurteilung des Angeklagten ausscheiden.

Die Zeugen Vollert, Schmidt, Hassbach und Schwittag hält das Schwurgericht für unglaubwürdig.

Der Zeuge Vollert hatte im Vorverfahren drei besonders schwere Fälle von Misshandlungen durch den Angeklagten geschildert, die fast an Sadismus grenzen. Er hatte bekundet, Dubbel habe zwei homosexuelle Gefangene während der Freizeit auf der Barackenstrasse verführen lassen, "was sie gemacht hätten", wobei er wie ein Rasender auf sie eingeschlagen hätte, ferner habe Dubbel Gefangene zum Revier geschickt, wo jedem von ihnen ein gesunder Backenzahn ohne Betäubung gezogen worden sei und endlich, Dubbel habe bei anderer Gelegenheit die Gefangenen stundenlang im Regen stehen und dann von den Wachleuten zusammenschlagen lassen. In der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht hat dieser Zeuge nichts auszusagen gewusst und sich dumm gestellt. Auf Vorhalt musste er zugeben, dass er vor seiner Vernehmung Alkohol zu sich genommen hatte, was auf einer Entfernung von 4 - 5 m wahrzunehmen war und sich auch bei den Sprechern bemerkbar machte. Seiner Aussage kommt deshalb überhaupt keine Be-

deutung zu. Der Zeuge Schmidt hat im Vorverfahren der Wahrheit zuwider beschworen, dass er wegen antinazistischer Betätigung im Lager I eingewiesen habe, obwohl er wegen Hehlerei dort eingewiesen wurde. Seine Entschuldigung, "er habe sich geirrt", ist bezeichnend und beweist, dass es dieser Zeuge mit der Wahrheit nicht ernst nimmt. Ihm kann deshalb kein Glaube geschenkt werden. Das Gleiche gilt von dem Zeugen Hassbach, der 45 mal vorbestraft ist, darunter zweimal wegen Meineids, und der eidesunfähig ist. Der Zeuge hat zwar bei Gericht keinen schlechten Eindruck hinterlassen. Seine vielen schweren Vorstrafen lassen es aber nicht zu, seinen Aussagen urteilstragende Kraft beizumessen. Auch der Zeuge Schwittag ist kein zuverlässiger Zeuge. Seine Aussage stand zu sehr unter dem Eindruck von Gefühlen des grenzenlosen Hasses und der Vergeltung. Er hat den Angeklagten Dubbel auch kurz vor seiner Vernehmung mit dem Ausdruck "Schwein" beschimpft und dieses nachher abgestritten, obwohl mehrere Zeugen dies bestätigten. Damit ist er in einem wenn auch unwesentlichen Punkte der Unwahrheit überführt.

Soweit einzelne Zeugen (z.B. der Zeuge Kutz) bekundet haben, dass Dubbel übermässige Strafen zu verhängen pflegte, indem er Gefangene Schiebkarren, die mit Sand und Mauersteinen voll bepackt waren, fahren liess, kann eine Feststellung, dass die Gefangenen dadurch in ihrer körperlichen Unversehrtheit nicht unerheblich beeinträchtigt oder gesundheitlich geschädigt sind, wie es § 223 StGB. erfordert, nicht getroffen werden. Das selbe gilt von den von einigen Zeugen (z.B. Ruppert) gemachten Bekundungen, Dubbel habe die Gefangenen, besonders Juden, nachts aus den Betten holen lassen, nur mit einem Hemd bekleidet, und er habe besonders jüdische Häftlinge zu den schmutzigsten Arbeiten herangezogen. Diese Fälle sind aber bezeichnend für die Einstellung des Angeklagten zu den Gefangenen, besonders zu den jüdischen Häftlingen, und sind bei der Frage, ob ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorliegt, zu bewerten. Auch die Tatsache, dass z.B. die Zeugen Grouls und Kutz bekunden, dass der Angeklagte die Gefangenen in der Weise "Sport" machen liess, dass sie in die Sonne sehen mussten, ohne dass wie im Falle des Juden Lilientahl gesundheitliche Schäden festzustellen sind, hat dort Berücksichtigung zu finden.



Der Angeklagte hat nach allem in 26 Fällen als Beamter des Strafvollzugsdienstes in Ausübung seines Amtes vorsätzlich Körperverletzungen begangen oder begehen lassen (§ 340 Abs. 1 StGB.), indem er in den Fällen 1.) - 13.) und 15.) - 26.) selbst tätig wurde und im Falle 14.) duldete, dass die ihm unterstellten Wachleute die Gefangenen misshandelten. In den Fällen 1.) - 6.), und 13.) bis 21.) sind die Gefangenen zugleich mit einem Stiefel, einer Reitpeitsche, mit Stöcken oder Gewehrkolben, also mit gefährlichen Werkzeugen (§§ 223a, 73 StGB.) körperlich verletzt worden.

Dem Angeklagten Dubbel wird weiter zur Last gelegt, den Strafgefangenen David Waldi am 2. Juli 1935 im Lager I aus niedrigen Beweggründen und heimtückisch getötet zu haben - Verbrechen nach § 211 StGB.-. Der Angeklagte gibt zu, Waldi erschossen zu haben, behauptet aber, in Notwehr gehandelt zu haben. Dazu trägt er vor: Der damalige Gruppenführer der Strafkompagnie Stein habe ihm am 2.7.1935 gegen 17.30 Uhr gemeldet, dass 3 Angehörige der Strafkompagnie, zu denen auch Waldi gehört habe, sich weigerten, nochmals zur Arbeit herauszutreten, wie es für die Strafkompagnie vorgeschrieben gewesen sei. Darauf habe er zusammen mit Stein die 3 Gefangenen, darunter auch Waldi, zur Arbeit herausgeholt und zum Empfang der Werkzeuge mit zum Geräteschuppen genommen. Hier habe er Stein mit den beiden anderen Gefangenen zum Arrestlokal zurückgeschickt, da sich diese beiden inzwischen bereit erklärt hätten, zu arbeiten. Waldi, der sich nach wie vor geweigert und von ihm verlangt hätte, ihm zu zeigen, wo es stünde, dass er nach 17 Uhr arbeiten müsse, habe er zu Aufräumarbeiten zum Schießstand mitgenommen. Das habe er getan, um ihn nicht mit seiner Arbeitsverweigerung durchkommen zu lassen. Beim Schießstand angekommen, habe Waldi sich wieder geweigert zu arbeiten. Es sei zu einer Auseinandersetzung zwischen ihnen gekommen. Waldi habe eine drohende Haltung ihm gegenüber eingenommen. Er habe ihn dann aufgefordert, Abstand zu halten und ihm drei Schritt vom Leibe zu bleiben. Waldi sei noch erregter geworden und habe eine Holzlatte ergriffen. Darauf habe er Waldi zugerufen, die Hände hächzunehmen; gleichzeitig habe er die Pistole gezogen. Waldi sei seiner Aufforderung nicht nachgekommen, sondern mit

dem Stück Holz auf ihn losgegangen und zum Sprung angesetzt. Darauf habe er einen Schuss auf ihn abgegeben und ihn in die Brust getroffen. Von dem Vorfall habe er die Lagerleitung sofort benachrichtigt.

Diese Einlassung lässt sich dem Angeklagten nicht widerlegen. Waldi, von Beruf Schlachter, hatte wegen schweren Raub, Diebstahls im Rückfall und schweren Diebstahls eine Gesamtzuchthausstrafe von 9 1/2 Jahren zu verbüssen und war wegen grober Unbotmässigkeit und tätlicher Bedrohung eines Postens mit drei Monaten Strafkompagnie bestraft worden. In dem an den Reichsminister der Justiz gerichteten Schreiben des Kommandeurs der Strafgefangenenlager vom 3. Juli 1935 (Anlage 17 Bl. 135 ff) wird Waldi als ein aufsässiger, zu Widersetzlichkeiten gegen das Aufsichtspersonal neigender Gefangener geschildert. Seine Erschiessung wurde seinerzeit zum Gegenstand eines staatsanwalt-schaftlichen Ermittlungsverfahrens gemacht. Die ersten Untersuchungshandlungen wurden durch den Zeugen Runge, der damals Assessor bei dem Amtsgericht in Sögel war, vorgenommen. Er nahm zusammen mit dem damaligen Strafanstalts-Medizinalrat Dr. Teigeler die Leichenschau vor, verhörte Dubbel und vernahm auch einige Strafgefangene in dieser Sache als Zeugen. Belastendes Material ergab sich dabei nicht gegen Dubbel. Nach dem ärztlichen Befund war Waldi durch einen Herzschuss getötet worden. In dem Protokoll des Medizinalrats Dr. Teigeler vom 2.7.1935 bescheinigt dieser, dass Waldi "in der Notwehr erschossen worden sei". Der Zeuge Runge ist der Auffassung, dass die Strafgefangenen, die er damals wegen der Erschiessung Waldis vernommen hat, nicht mit der Wahrheit zurückgehalten hätten; er meint aber, die Sache sei ihm wegen der Notwehr etwas bedenklich vorgekommen. Nähere Gründe für seine Meinung hat der Zeuge nicht angeben können. Die Staatsanwaltschaft in Osnabrück hat das Verfahren damals eingestellt. Auch der Zeuge Ministerialdirigent Marx, der damals bei zufälliger Anwesenheit im Lager sich den Fall von Dubbel hat schildern lassen, hatte den Eindruck, dass Dubbel wirklich in Notwehr gehandelt habe.

Zeugen für den Vorfall selbst sind nicht vorhanden; Der Zeuge Rösner hat zwar bekundet, dass er im Sommer 1935 vom Küchenfenster aus gesehen habe, dass es zwischen Dubbel und Waldi zu einer Auseinandersetzung gekommen sei; dabei habe Waldi



eine dünne Rute in der Hand gehalten, während Dubbel die Pisto-  
gezogen habe. Dieser Zeuge hat im Ermittlungsverfahren weiter  
ausgesagt, er habe dann einen Schuss gehört und gesehen, dass  
Waldi umgefallen sei. Diese letzte Aussage hat er in der Haupt-  
verhandlung vor dem Schwurgericht nicht aufrecht gehalten und  
das damit begründet, dass sich die Erinnerungsbilder bei ihm in  
der letzten Zeit verwischt hätten. Diese Berichtigung der Aussage  
in ihrem entscheidenden Punkt spricht gegen die Glaubwürdigkeit  
dieses Zeugen und lässt die Vermutung zu, dass er wie mancher  
Zeuge in diesem Verfahren im Vorverfahren mehr ausgesagt hat  
als er verantworten konnte. Abgesehen von dieser wesentlichen  
Einschränkung, die der Zeuge jetzt in seiner Aussage macht, be-  
stehen auch erhebliche Zweifel an der Richtigkeit seiner Dar-  
stellung. Seine Angaben bezüglich der Entfernung des Vorgangs  
von seinem Standort können nicht stimmen. Nach der durch das  
Schwurgericht vorgenommenen Augenscheinseinnahme erscheint es  
auch so gut wie ausgeschlossen, dass der Zeuge den fraglichen  
Vorfall vom Küchenfenster aus beobachten konnte. Die Augen-  
scheinseinnahme hat diesen Punkt aber nicht restlos klären könn-  
da inzwischen bauliche Veränderungen vorgenommen sind. Eine Auf-  
klärung des Sachverhalts ist heute nicht mehr möglich. Die Dar-  
stellung, die der Angeklagte gibt, muss deshalb der rechtlichen  
Beurteilung zu Grunde gelegt werden. Danach hat er in Notwehr ge-  
handelt. Es kann heute auch nicht mehr einwandfrei festgestellt  
werden, dass der Angeklagte die Notwehr überschritten hat. Ihm  
kann nicht widerlegt werden, dass er keine andere Möglichkeit  
zur Verteidigung hatte, insbesondere, dass er keinen Gummi-  
knüppel bei sich trug, mit dem er als milderem Mittel, als die  
Pistole es war, den Angriff des Waldi hätte abwehren können und  
dass er sich nicht anders gegen Waldi zur Wehr setzen konnte.  
Ob der Angeklagte in der Lage gewesen wäre, nur mit seinen ei-  
genen Körperkräften den Angriff des Waldi abzuwehren, kann heute  
nicht mehr geklärt werden. Waldi wird zwar als ein kleiner bis  
mittelgrosser Mann geschildert, der als Häftling sicher nicht  
im guten Ernährungszustand war, während der Angeklagte gross und  
kräftig gebaut ist. Das schliesst aber nicht aus, dass Waldi  
körperlich gewandter war als der Angeklagte. Mindestens ist es  
sehr zweifelhaft, ob die Körperkräfte des Angeklagten allein  
ausgereicht hätten, den Angriff des Waldi, der Schlachter von

Beruf und mit einer Holzlatte bewaffnet war, abzuwehren.

Für eine fahrlässige Tötung des Waldi durch den Angeklagten, die die Staatsanwaltschaft für möglich hält, haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

Der Angeklagte war daher von der Anklage des Mordes mangels ausreichender Beweise freizusprechen.

B. Der Angeklagte Fründt, der von Beruf Fischer ist, zuletzt aber als Arbeiter beschäftigt war, bevor er seine Tätigkeit als Wachmann in den Emsland-Strafgefangenenlagern aufnahm, besass eine Siedlerstelle von 36 Morgen. Als ihm in Aussicht gestellt wurde, nach fünfjähriger Dienstzeit als Wachmann in den Emsland-Strafgefangenenlagern eine erheblich grössere Siedlerstelle zu erhalten, nahm er am 15. Juni 1939 eine ihm gebotene Stelle als Wachmann an und siedelte nach Friesoythe über. Nach einer sechs wöchigen Ausbildung wurde er als Wachmann im Lager Esterwegen eingesetzt, wo er bis zum Jahre 1942 Wachtdienst im Lager und auf Aussenkommando versah. Im Frühjahr 1942 übernahm er die Führung der Strafkompagnie, die sich durchschnittlich aus 40 - 50 Häftlingen zusammensetzte. Etwa 4 Monate später wurde dieses Kommando um 150 - 200 andere Gefangene vergrössert, die das sogenannte Torftrocken- und Torfanfuhrkommando bildeten. Im August 1943 wurde er zu einem Kommando in das Torfwerk in Ede wechterdamm abgestellt. Am 1.1.1944 wurde er zum Lager Walchum versetzt und am 28. Februar 1944 zur Wehrmacht eingezogen. Am 5. Mai 1945 geriet er in englische Gefangenschaft, aus der er im August 1945 entlassen wurde. Seit 1935 war er Mitglied der SA.; der NSDAP. gehörte er seit dem Jahre 1939 an. In den Lagern führte er den Spitznamen "Simson" oder "Simson der Starke". Er ist mit Emma Fründt geb. Gütschow verheiratet. Aus der Ehe sind 8 Kinder hervorgegangen.

Wegen des Verdachts von Gefangenemisshandlungen befand er sich vom 27.1.1946 bis 30.10.1947 in Internierungshaft und vom 30.10.1947 bis 1.10.1948 in Untersuchungshaft.

Folgende Fälle von Misshandlungen von Gefangenen durch den Angeklagten sind festgestellt:

1.) Wenn morgens beim Ausrücken der Kolonne das Kommando "Singen" nicht schnell genug durchgegeben wurde, stürzte der Angeklagte mit dem Gummiknüppel in die Kolonne und schlug wahllos



dazwischen. Bei einer solchen Gelegenheit erhielt der Zeuge Stahl Ende 1942 von dem Angeklagten 4 - 5 Schläge mit dem Gummiknüppel über Kopf, Schulter und Rücken. Als er sich deswegen zur Behandlung ins Revier begeben wollte, wurde er dort abgewiesen.

2.) Etwa Mitte 1942 befand sich der Zeuge Stahl auf dem sogenannten Kuhlkommando. Als er eines Tages sein Arbeitspensum nicht erfüllt hatte, versetzte ihm der Angeklagte mehrere Schläge mit dem Gummiknüppel wahllos auf den ganzen Körper.. Die Misshandlung war derart, dass der Zeuge deswegen 4 Wochen lang in der Schonungsbaracke verbringen musste.

3.) Im Sommer / Herbst 1943 klappte eines Morgens beim Ausrücken das Singen nicht. Darauf schlug der Angeklagte mit der Faust in die Kolonne, wobei auch der Zeuge Stahl einen Schlag ins Gesicht erhielt.

4.) und 5.) Der Zeuge Stahl bekundet weiter, dass der Angeklagte wiederholt auch andere Gefangene geschlagen hat, zum Teil mit der Hand, zum Teil auch mit einem abgebrochenen Spatenstiel. Die Zahl der Misshandlungen gibt er mit mindestens 15 an. Entsprechend seiner bisherigen Übung hält das Schwurgericht auch hier 2 Fälle als sicher erwiesen an, und zwar einen Fall, in dem der Angeklagte mit der Hand, und einen anderen Fall, in dem er mit einem abgebrochenen Spatenstiel geschlagen hat.

6.) Als der Zeuge Hammers, der vom 18.12.41 - 20.5.1943 als politischer Häftling im Lager Esterwegen einsass, eines Tages nach Arbeitsschluss beim Marschieren von der Arbeitsstelle zu den Loren - einen Mitgefangenen, der offenbar das Marschtempo nicht einhalten konnte, mitzog, stürzte sich der Angeklagte auf den Zeugen und versetzte ihm mit der Hand mehrere derart heftige Schläge in das Gesicht und in den Nacken, dass die Nase des Zeugen blutete.

Diese Feststellungen beruhen auf den Aussagen der Zeugen Stahl ( Fälle 1.) bis 5.) und Hammers ( Fall 6.).

Der Angeklagte bestreitet die ihm zur Last gelegten Taten und behauptet, Gefangene nur geschlagen zu haben, um Widerstand zu brechen. In allen solchen Fällen habe er stets die vorgeschriebene Meldung gemacht. An die Zeugen und die von diesen gegebenen Bekundungen entsinnt er sich nicht.

Der Angeklagte wird durch die Aussagen der Zeugen Stahl und

Hammers überführt. Beide Zeugen haben ihre Aussagen sachlich und leidenschaftlos gemacht; sie haben sie auch geschworen. Ernstliche Bedenken gegen ihre Glaubwürdigkeit sind nicht aufgetreten. Geringe Abweichungen von ihren früheren Aussagen sind zwar festzustellen; sie sind aber nicht so erheblich, dass die Glaubwürdigkeit der Zeugen dadurch in Frage gestellt wird; sie können sich durch die Länge der inzwischen verflossenen Zeit ergeben haben. Der Zeuge Hammers ist dem Schwurgericht aus einem anderen Verfahren (Wölfigseder) bekannt. Er hat auch dort glaubhafte Bekundungen gemacht. Das Schwurgericht hat deshalb nach reiflicher Überlegung keine Bedenken, ihnen zu folgen.

Dagegen hält es die Aussagen der Zeugen Zeller, Fligg, Wala, Kalusa und Fuchsenthaler, die weitere Fälle von Gefangenemiss-handlungen durch den Angeklagten schildern, für nicht geeignet, den Angeklagten bezüglich der von diesen Zeugen bekundeten Misshandlungen zu überführen.

Der Zeuge Zeller hat am 12.12.1947 vor dem Amtsgericht Hanau geschworen (Heft 3 Bl. 42), dass Fründt einen aus Frankfurt/M. stammenden Gefangenen namens Weiss, der körperlich dermassen heruntergekommen sei, dass er das Tagespensum nicht mehr habe leisten können, deswegen mit dem abgebrochenen Spatenstiel derart geschlagen habe, dass er zusammengebrochen sei, auch auf den am Boden Liegenden habe Fründt weiter eingeschlagen. Die Gefangenen hätten Weiss wegen der Misshandlung abends in das Revier gebracht. Dort sei er bald darauf gestorben und er selbst habe die Leiche des Weiss am nächsten Tage - nach seiner Aussage im Vorverfahren zwei Stunden später - in die Leichenhalle geschafft. Auf Grund dieser Aussage des Zeugen Zeller hat der Staatsanwalt Anklage gegen Fründt wegen Körperverletzung des Weiss mit Todesfolge (§ 226 StGB.) erhoben. In der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht hat der Zeuge Zeller diese Aussage zunächst mit wenigen Abweichungen wiederholt. Erst als der nach ihm vernommene Zeuge Stahl ausgesagt hatte, nicht Fründt, sondern ein anderer Wachmann mit dem Spitznamen "Moorpilz" habe Weiss zusammengeschlagen, und als Zeller seine Aussage beschwören sollte, hat er erklärt, "Moorpilz", und nicht der Angeklagte Fründt, sei der Täter gewesen. Aus diesem Grunde lässt sich die Anklage gegen Fründt wegen des Verdachts der Körper-



verletzung des Gefangenen Weiss mit Todesfolge nicht mehr halten, und war der Angeklagte insoweit mangels Beweises freizusprechen. Da der Zeuge Zeller in dem wesentlichen Punkte, nämlich im Falle Weiss, die Unwahrheit gesagt, und sogar früher beschworen hat, kann ihm auch in seiner übrigen Aussage nicht geglaubt werden.

Dasselbe gilt von dem Zeugen Fligg. Auch dieser Zeuge hat seine frühere Aussage in wesentlichen Punkten ändern müssen. Wenn er heute im Gegensatz zu früher nicht mehr weiss, ob der Angeklagte ihn selbst geschlagen hat, so ist das nach Ansicht des Schwurgerichts so zu erklären, dass er im Vorverfahren den Angeklagten zu Unrecht belastet hat; denn, wenn jemand selbst misshandelt worden ist, so vergisst er das nicht so leicht. Weiter hat dieser Zeuge seine frühere Aussage, er selbst habe gesehen, dass Fründt Häftlinge mit dem Gummiknüppel derart misshandelt habe, dass sie nicht mehr "hoch gekommen" seien, und dass in einem solchen Falle ein zusammengebrochener Häftling auf Befehl des Angeklagten von anderen Gefangenen in das Wasser geworfen sei, nicht mehr aufrecht gehalten und erklärt, er wisse das heute nicht mehr. Der Zeuge hat offenbar in diesem wichtigen Punkte im Vorverfahren die Unwahrheit gesagt; wenn er nämlich tatsächlich einen derartigen Vorfall beobachtet hätte, würde er sich an einen so schweren Fall auch heute noch erinnern. Endlich hat dieser Zeuge im Verfahren gegen den Angeklagten Esskuchen im Gegensatz zu seiner früheren Aussage erklärt, Esskuchen habe ihn in Esterwegen nicht geschlagen, sondern auf dem Kommando in Frankreich. Da der Zeuge in diesen Punkten unglaubwürdig ist, so kann ihn das Schwurgericht auch in den anderen Fällen nicht als glaubwürdig ansehen.

Bei dem Zeugen Wald bestehen hinsichtlich seiner Person und seiner Vorstrafen starke Zweifel. Der Zeuge hat sie nicht klären können. Er behauptet, 1937 das Diplom-Ingenieur-Examen in Lausanne abgelegt zu haben. Damals war er 21 Jahre. Ferner bestreitet er die Richtigkeit der Vorstrafen, mit Ausnahme von Nr. 1. Es wäre aber merkwürdig, wenn verschiedene Strafgerichte unabhängig voneinander dem Strafregister Strafen irrtümlich mitgeteilt haben sollten. Der Zeuge Wald scheidet deshalb als geeigneter Zeuge aus. Ähnliches gilt von dem Zeugen Kalusa. Über seine Vorstrafen hat er recht verwirrende und unglaubliche Er-

klärungen abgegeben. Er will von einem SS und Polizeigericht verurteilt sein, ohne der SS angehört zu haben. Einmal will er zum Tode, dann zu 15 Jahren, dann zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt werden sein. Seine Aussage selbst ist widerspruchsvoll. Er behauptet z.B., den Angeklagten von Lendringsen her zu kennen, was nicht zutrifft, da der Angeklagte nicht dort war. Das Schwurgericht hat diesem Zeugen auch früher in der Sache gegen Punkte u.a. - 9 Ks 1/49 - S. 34 des Urteils - nicht geglaubt.

Der Zeuge Fuchsenthaler ist wegen seiner häufigen Vorstrafen - er ist 15 mal wegen Bettelns und Landstreichens vorbestraft - kein charakterlich einwandfreier Zeuge. Wenn er auch 1935 zum letzten Mal bestraft ist und sich offenbar von seinem früheren arbeitsscheuen Leben abgewendet hat, so muss die Aussage dieses Zeugen mit Rücksicht auf seine Vorstrafen besonders vorsichtig gewertet werden. Seine Aussagen im Vorverfahren und in der Hauptverhandlung haben gewechselt. Erst im Laufe der Vernehmungen hat er angegeben, dass Fründt ihn auch selbst geschlagen habe; seine frühere Aussage, er habe gesehen, dass täglich Gefangene misshandelt worden seien, hat er in der Hauptverhandlung nicht aufrecht gehalten. Wegen dieser Widersprüche und mit Rücksicht auf seine Vorstrafen hat sich das Schwurgericht nicht entschliessen können, die Aussage dieses Zeugen zur Urteilsfindung heranzuziehen, entsprechend dem das Strafrecht beherrschenden Grundsatz, dass im Zweifel zu Gunsten des Angeklagten zu entscheiden ist.

Der Angeklagte hat demnach in 6 Fällen als Strafvollzugsbeamter in Ausübung seines Amtes vorsätzlich Körperverletzungen begangen, davon in drei Fällen (Fälle 1.), 2.) und 5.) mit einem Gummiknüppel bzw. einem abgebrochenen Spatenstiel, d.h. mit einem gefährlichen Werkzeug, §§ 223 a, 73 StGB.

C. Der Angeklagte Esskuchen, dessen Eltern früh starben, arbeitete nach dem Besuch der Volksschule bis zu seinem 26. Lebensjahre auf der Zeche. Dann erlernte er das Malerhandwerk. Am 3. Januar 1940 wurde er als Wachmann für den Dienst in den Strafgefangenenlagern in Emsland kriegsdienstverpflichtet. Nachdem er zwei Jahre hindurch im Lager Esterwegen als Wachmann Turmdienst gemacht hatte, übernahm er die Stellungen des Lagers. Im Oktober



1943 wurde er mit dem sogenannten Kommando West nach Frankreich abgestellt,, nachdem er inzwischen zum Oberwachmann befördert worden war. Hier war er in den Lagern Calais, Arras und Berle-  
mont tätig. Vom September 1944 bis zum Zusammenbruch war er im Lager Lendringsen im Sauerland als Wachmann eingesetzt. Im Jahre 1943 trat er der NSDAP und der SA als Anwärter bei. Er ist verheiratet mit Henriette Esskuchen geb. Murra. Aus der Ehe sind 2 Kinder hervorgegangen.

Aus seiner Tätigkeit als Wachmann in Frankreich und in Lendringsen sind Gegenstand der Anklage Misshandlungen von Gefangenen, wegen der der Angeklagte vom 25.5.1946 - 4.9.1947 in Internierungshaft und vom 4.9.1947 - 14.9.1948 in Untersuchungshaft war.

Folgende Fälle von Gefangenemisshandlungen durch den Angeklagten sind festgestellt :

- 1.) Der nicht bestrafte Zeuge Baldauf war im März 1944 auf dem Kommando in Frankreich geflohen, wurde später in Aachen wieder ergriffen und in die Strafkompagnie des Lagers Arras überführt. Als er dort im April / Mai 1944 eingeliefert wurde, empfing ihn der Angeklagte mit den Worten : "Was, ihr wollt Urlaub nehmen" und versetzte ihm mit der flachen Hand 2 - 3 Schläge ins Gesicht.
- 2.) Als derselbe Zeuge bei einem Fliegeralarm im Mai / Juni 1944 in Frankreich nicht schnell genug in den Bunker ging, gab ihm der Angeklagte im Bunkereingang einen Schlag mit dem Gewehrkolben über den Rücken.
- 3.) Auf dem Kommando in Frankreich wurden besonders die Haftlinge der Strafkompagnie mit schwersten Arbeiten beschäftigt und hatten u.a. Schwellen und eiserne Schienen zu tragen. Bei diesen Arbeiten schlug der Angeklagte häufig auf die Gefangenen ein, von denen er annahm, dass sie nicht arbeiten wollten. Als eines Tages beim Schienenschleppen, die die Gefangenen auf den Schultern trugen, sich hinter dem Zeugen Baldauf ein grösserer Gefangener befand und dieser wegen seiner Grösse mehr trug als der Zeuge, versetzte der Angeklagte dem Zeugen Baldauf mit einem Gummischlauch 6 - 7 Schläge, offenbar weil er glaubte, der Zeuge wolle nicht schleppen, obwohl dieser nur einfach zu klein war.
- 4.) Aus demselben Grunde schlug der Angeklagte ihn und einen anderen Häftling namens Bischof einige Zeit später wieder mit

dem Gummischlauch. Damit der Vorgang nicht von Aussenstehenden beobachtet werden sollte, nahm der Angeklagte die beiden Häftlinge mit in die Unterführung beim Bahnhof in Arras, wo er sie dann schlug.

5.) Als sich eines Tages ein Gefangener beim Schienentragen am Zeh verletzt hatte, schoben die Wachmannschaften den Gefangenen die Schuld daran zu. Der Angeklagte schlug aus diesem Anlass den Zeugen Baldauf und die anderen Gefangenen des Arbeitskommandos wahllos mit einem Gummischlauch.

6.) Einem Gefangenen namens Bartsch, der Vorarbeiter war, versetzte der Angeklagte mehrere Schläge mit dem Gummischlauch, weil er offenbar das Arbeitspensum nicht erfüllt hatte.

7.) Gegenstand häufiger Misshandlungen durch den Angeklagten war der bereits unter Ziffer 4.) erwähnte Gefangene namens Bischof. Dieser Häftling, der noch jung und klein von Figur war, fiel beim Schienentragen mit grösseren Gefangenen oft deshalb auf, weil es schien, als ob er sich von der Arbeit drücken wollte, wenn die Last auf den Schultern der grösseren Häftlinge ruhte und er als kleinerer nicht mittrug. Wie der Zeuge Baldauf bekundet, hat der Angeklagte bei der Gelegenheit häufig den Bischof mit dem Gummischlauch geschlagen. Da der Zeuge keine genaue Zahl nennen kann, sieht das Schwurgericht 2 Fälle mit Sicherheit als fest = gestellt an. Davon ist ein Fall bereits unter 4.) aufgeführt, so dass hier nur noch ein weiterer Fall bestimmt als erwiesen angesehen werden kann.

8.) Den Zeugen Callies, der 1943/1944 einem Arbeitskommando in Frankreich angehörte, fuhr der Angeklagte häufig mit groben Redensarten wie "Berliner Grossschnauze" und "Schweinehund" an. Als dieser Zeuge bei Arbeiten in einem Bergwerk bei Calais nicht wusste, wie die ihm ungewohnte Arbeit zu verrichten war, stiess ihn der Angeklagte mit dem Gewehr und versetzte ihm mit der Hand 4 - 5 Schläge ins Gesicht.

9.) Als derselbe Zeuge während seiner Zugehörigkeit zur Strafkompanie beim Ausladen von Zement aus den Waggonen seine Holzschuhe verloren hatte, rief ihn der Angeklagte zu sich und versetzte ihm mit einem Gummischlauch 4 - 5 Schläge über den Rücken.

10.) Einige Tage nach diesem Vorfall trat ihn der Angeklagte beim Ausladen von Kies mit dem Stiefel vor das Schienbein, weil



er die Arbeit nicht in der vorgeschriebenen Zeit geschafft hatte. Der Zeuge hat davon eine Narbe am rechten Schienbein behalten.

11.) Einen anderen Häftling der Strafkompagnie schlug der Angeklagte, weil er eine Kippe aufgehoben hatte. Auf Befehl des Angeklagten musste sich der Gefangene bücken, worauf ihm der Angeklagte mehrere Schläge mit einem Ast auf das Gesäss versetzte. Der Vorfall trug sich im Zementschuppen zu.

12.) Eine besondere Art der Misshandlung der Häftlinge der Strafkompagnie war folgende: Die Wachtposten bildeten eine Gasse, durch die die Gefangenen mit vollen Zementsäcken im Laufschrift eilen mussten. Dabei stiessen die Wachmannschaften die Gefangenen mit den Gewehrkolben und traten sie mit den Füßen. Der Zeuge Callies entsinnt sich an einen Vorfall, bei dem bei dieser Gelegenheit auch der Angeklagte sich an den Misshandlungen beteiligte.

13.) Der Zeuge Paul, der nur 14 Tage im April/Mai 1944 mit dem Angeklagten zusammen im Lager Börgerwiese bei Calais war, erhielt in dieser Zeit eines Tages beim Schienenehlegen Schläge vom Angeklagten ins Gesicht, weil er ihn nicht gegrüsst hatte. Als der Zeuge sich damit entschuldigte, er habe nicht gewusst, dass er hätte grüssen müssen, stiess ihn der Angeklagte mit dem Gewehrkolben.

Der Zeuge bekundet weiter, dass der Angeklagte beim Schwellentragen mit einer Haselnussgerte wahllos zwischen die Gefangenen geschlagen habe. Da aber der Zeuge keinen Einzelfall angeben konnte, und andere Zeugen Vorfälle dieser Art nicht bekunden, hat das Schwurgericht die Angaben des Zeugen in diesem Punkte als zu unbestimmt seiner Urteilsfindung nicht zu Grunde gelegt.

14.) Auf einem Arbeitskommando in Ländringsen schlug der Angeklagte im März 1945 den Zeugen Dait. Die Gefangenen, zu denen auch Dait gehörte, waren mit Erdarbeiten beschäftigt und mussten die Loren im Laufschrift bewegen. Da der Zeuge Dait wegen seines geschwächten körperlichen Zustandes das Tempo der Arbeit nicht aushalten konnte, fiel er dem Angeklagten auf. Er sprang auf die Lore, auf dem sich der Zeuge befand, und versetzte ihm mit dem Gummiknüppel 3 - 4 Schläge aufs Kreuz und wohin er gerade traf.

Die Feststellungen der einzelnen Straftaten beruhen auf den Bekundungen folgender Zeugen:

- Fälle 1.) - 7.) Zeuge Baldauf  
 Fälle 8.) - 12.) Zeuge Callies  
 Fall 13.) Zeuge Paul  
 Fall 14.) Zeuge Dait.

Der Angeklagte bestreitet, Strafgefangene in der geschilderten Weise misshandelt zu haben. Er behauptet, er sei nur dann eingeschritten, wenn es zur Brechung aktiven oder passiven Widerstandes erforderlich gewesen sei; auch dann hätten sich seine Massnahmen in angemessenen Grenzen gehalten.

Er wird aber durch die Aussagen der oben benannten Zeugen überführt. Alle Zeugen haben ihre Aussagen in ruhiger, sachlicher Form gemacht; sie haben sie auch beeidigt. Ernstliche Bedenken gegen ihre Glaubwürdigkeit sind nicht aufgetreten. Ge-  
 ringe Abweichungen von ihren früheren Aussagen sind zwar festzustellen; sie können durch die Länge der inzwischen verflossenen Zeit bedingt sein und sind nicht so erheblich, dass die Glaubwürdigkeit der Zeugen dadurch in Frage gestellt wird. Auch an der Glaubwürdigkeit des Zeugen Callies hat das Schwurgericht keine Zweifel. Der Zeuge hat nicht verschwiegen, dass er verbestraft ist, sondern hat sofort bei Beginn seiner Vernehmung auf die Frage nach den Vorstrafen erklärt, dass er laut polizeilichem Führungszeugnis nicht bestraft sei. Er hat auch ein solches Führungszeugnis, in dem keine Vorstrafen verzeichnet sind, vorgelegt. Da in dem Strafregister dieses Zeugen noch Vorstrafen verzeichnet sind, ist das polizeiliche Führungszeugnis unrichtig. Dem Zeugen kann aber nicht der Vorwurf gemacht werden, seine Vorstrafen verschwiegen zu haben, da er sich insoweit auf das überreichte polizeiliche Führungszeugnis berufen hat. Bei sorgfältiger Abwägung aller Umstände ist das Schwurgericht zu der Überzeugung gekommen, dass diese Zeugen die Wahrheit gesagt haben.

Weitere Fälle von Gefangenemisshandlungen durch den Angeklagten sind nicht erwiesen.

Soweit die Zeugen Fligg, Kalusa, Vieten und Salomon den Angeklagten bezichtigen, können ihre Aussagen nicht zur Urteilsfindung herangezogen werden. Diese Zeugen haben ihre Aussagen in wesentlichen Punkten gewechselt. Die Gründe, die für



25

die Unglaubwürdigkeit der Zeugen Fligg und Kalusa sprechen, sind bereits bei dem Angeklagten Fründt aufgeführt und brauchen deshalb hier nicht wiederholt zu werden. Der Zeuge Vieten hat im Gegensatz zu seinen früheren Aussagen im Ermittlungsverfahren einen Einzelfall angegeben, an dem er selbst vom Angeklagten geschlagen sein will, während er in zwei Vernehmungen diesen Fall nicht erwähnt und seine erste Aussage, die er in England gemacht hat, auch beschworen hat. Das ist ein wesentlicher Widerspruch. Auch besteht die Möglichkeit, dass dieser Zeuge mit anderen früheren Mitgefangenen Fühlung genommen hat und Fälle wiedergibt, die nicht er, sondern ein anderer Häftling erlebt hat. Seine Aussage kann deshalb nicht als zuverlässig angesehen werden. Der Zeuge Salomon hat im Ermittlungsverfahren besprochen, dass der Angeklagte die Häftlinge mit Gewalt zu den schwersten Arbeiten angetrieben und so geschlagen habe, bis die Gefangenen ohnmächtig zu Boden stürzten. Er selbst habe in vier Fällen gesehen, dass der Angeklagte dann auf die am Boden liegenden Häftlinge geschossen habe - (Aussage in Anlage 4 Bl. 344). Diese schwere Beschuldigung gegen den Angeklagten hat er in seiner Vernehmung vor dem Schwurgericht widerrufen. Damit steht fest, dass seine frühere von ihm beschworene Aussage falsch war. Er scheidet damit als glaubwürdiger Zeuge aus.

Danach ist der Angeklagte in 14 Fällen der Körperverletzung im Amte, Vergehen nach § 340 Abs. 1 StGB, schuldig. In den Fällen 2.) - 13.) hat er zugleich eine gefährliche Körperverletzung begangen, Vergehen nach §§ 223 a, 73 StGB.

D. Der Angeklagte Schönenberg ist der Sohn eines Arbeiters und von Beruf Justizbeamter.

Er ist angeklagt, in den Jahren 1943 - 45 als Sanitätsoberwachungsmeister im Lager III Gefangene körperlich misshandelt und die ordnungsgemäße Behandlung der in das Krankenrevier eingelieferten Häftlinge bewusst unterlassen zu haben - Vergehen nach §§ 340, 223 a, 73, 74 StGB.

1.) Fall Siemens. Der Zeuge Siemens, der im Lager III im Stall beschäftigt war, erlitt am 28. März 1944 einen Unfall, wobei er sich den linken Arm und den Rücken verletzte. Ob der Arm damals gebrochen oder nur verstaucht war, steht nicht fest.

Offenbar hat der Zeuge jetzt einen gebrochenen Arm. Zur Behandlung des Armes begab sich der Zeuge in das Revier.

Der Zeuge Siemens bekundet nun, dass ihm im Revier zunächst nur eine gewöhnliche Binde um den Arm gelegt sei, obwohl nach seiner Ansicht der Arm gebrochen gewesen sei. Der Angeklagte habe sich zuerst überhaupt nicht um ihn gekümmert. Als ein Anstaltsarzt - der Zeuge meint, dass es der Zeuge Dr. Hillmann gewesen sei - das Revier besucht habe, um die Kranken zu besichtigen, habe der Angeklagte diesem erklärt, er, der Zeuge, markierte bloss. Auf Anordnung des Arztes habe er dann einen Gipsverband angelegt bekommen. Später habe ihn der Angeklagte in die Schonungsbaracke legen lassen; nach Abnahme des Gipsverbandes sei er auf Anordnung des Angeklagten mit leichter Arbeit beschäftigt worden. Als er dieser Anordnung zuwider wieder im Stall gearbeitet habe, habe sich der Angeklagte darüber beim Lagerversteher, dem Zeugen Hilmar, beschwert. Am gleichen Tage habe er dann mit ihm "Sport" getrieben, indem er ihn über den Lagerplatz gejagt habe und "auf und nieder" habe machen lassen. Wenn er, der Zeuge, nicht schnell genug vom Boden hoch gekommen sei, habe der Angeklagte mit dem Gummiknüppel auf ihn eingeschlagen. Entgegen der Anordnung des Arztes habe ihm der Angeklagte die verordneten Heissluftbäder und Massage nicht gegeben. Infolge dieser unsachgemässen Behandlung sei der verletzte Arm steif geblieben.

Der Angeklagte bestreitet, den Zeugen Siemens unsachgemäss behandelt, insbesondere aber, ihn mit dem Gummiknüppel geschlagen zu haben. Er habe nie einen Gummiknüppel im Dienst getragen.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme reicht nicht aus, den Angeklagten der ihm zur Last gelegten Tat zu überführen.

Der Zeuge Siemens hat zwar eine bis in Einzelheiten gehende Schilderung des Falles gegeben. Bei ihrer Wiederholung vor dem Schwurgericht sind aber verschiedene Abweichungen zutage getreten. Während der Zeuge erst bekundete, der Angeklagte habe auf dem Rückweg von der Vorsteherbaracke, zu der ihn der Angeklagte wegen Vorbringens der Beschwerde beim Lagerleiter mitgenommen hatte, mit ihm "Sport" getrieben und ihn mit dem Gummiknüppel geschlagen, hat er bei seiner wiederholten Ver-



nehmung ausgesagt, es sei später, aber am selben Tage, gewesen. Auffallend ist, dass der Zeuge sich nach diesem Vorfall bei dem damaligen Lagervorsteher Hilmar zwar über die nicht sachgemässe Behandlung seines Armes durch den Angeklagten, nicht aber - nach seiner eigenen Darstellung - wegen der kurz vorher erfolgten angeblichen Misshandlung durch den Angeklagten be = schwert hat. Es lag für ihn nahe, gerade diese völlig unge = rechtfertigte Behandlung durch den Angeklagten beim Lagervor = steher zur Sprache zu bringen, wenn er sich schon über die Be = handlungsmethoden des Angeklagten bei ihm beklagte. Dieser innere Widerspruch war nicht zu klären. Das Schwurgericht hat den Ein = druck, dass der Zeuge Siemens fantasiert und Dinge erzählt, die nicht vorgekommen sind; möglicherweise sagt er auch bewusst die Unwahrheit, weil er vielleicht dem Angeklagten gram ist, da er noch heute glaubt, dieser habe ihn damals von seinem guten Posten im Stall entfernen und ins Moor schicken wollen. Es kommt hinzu, dass dieser Zeuge nach der Aussage des Untersuchungsrichters, des Zeugen Dr. Schumacher, in zwei Ermittlungsverfahren gegen Solberg und gegen Wölfigseder Angaben gemacht hat, deren Un = richtigkeit später nachgewiesen ist. Der Untersuchungsrichter hält den Zeugen Siemens deshalb nicht für glaubhaft. Entspre = chend dem Grundsatz, dass im Zweifel zu Gunsten des Angeklagten zu entscheiden ist, hat daher das Schwurgericht die Aussagen des Zeugen Siemens nicht als ausreichende Grundlage für ein verur = teilendes Erkenntnis des Angeklagten angesehen.

2.) Fall Lütkestratkötter. Der Gefangene Lütkestratkötter, der ebenfalls wie der Zeuge Siemens im Lager III im Stall be = schäftigt war, hatte sich im Sommer 1944 beim Jauchefahren durch einen rostigen Nagel eine starkblutende Verletzung am Kopf zu = gezogen. Er wurde deswegen im Revier behandelt und seine Wunde auf Anordnung des Angeklagten mit Jod bepinselt. Am 27.7.1944 wurde Lütkestratkötter vom Revier des Lagers III in das Kranken = haus in Papenburg überführt, wo er am 28.7.1944 laut Toten = schein an Gehirnhautentzündung nach Kopfschwartenverletzung ver = storben ist.

Die Zeugen Siemens und Scholl haben bekundet, der Angeklagte habe Lütkestratkötter dreimal aus dem Revier hinausgewiesen und ihn später unsachgemäss behandelt. Erst auf Veranlassung des

damaligen Aufsehers Ravensberg, dessen Aufenthalt nicht zu ermitteln ist, sei Lütkestratkötter vom Angeklagten im Revier aufgenommen worden.

Der Angeklagte bestreitet das und behauptet, Lütkestratkötter sei erst auf verschiedene Aufforderungen des Lagerverwalters hin ins Revier gekommen, wo er die Wunde ordnungsgemäss behandelt und Lütkestratkötter dem Arzt vorgestellt habe, auf dessen Veranlassung er dann ins Lazarett nach Papenburg überwiesen worden sei.

Die Hauptverhandlung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass den Angeklagten ein Verschulden an dem Tod des Lütkestratkötter trifft. Die Zeugen Siemens und Schill können nicht aus eigener Wissenschaft bekunden, dass der Angeklagte Lütkestratkötter aus dem Revier hinausgewiesen hat; sie haben das nur von Lütkestratkötter gesprächsweise erfahren. Ob dieser ihnen die Wahrheit gesagt hat, kann sehr zweifelhaft sein. Lütkestratkötter war im Stall beschäftigt. Dieser Posten war sehr begehrenswert, wie der Zeuge Hilmar bekundet und auch Siemens zugeibt. Begab Lütkestratkötter sich ins Revier, so setzte er sich bei einer länger erforderlich werdenden Behandlung der Gefahr aus, diesen Posten zu verlieren und später nach Heilung ins Moor abgestellt zu werden. Es ist anzunehmen, dass er das vermeiden und sich deshalb ungern längere Zeit im Revier behandeln lassen wollte. Darauf deutet auch die Aussage des Zeugen Hilmar hin. Wie dieser Zeuge aussagt, hat er Lütkestratkötter seinerzeit zufällig getroffen und ihn ermahnt, wegen der Kopfwunde vorsichtig zu sein und ins Revier zu gehen. Lütkestratkötter habe ihn darauf erwidert, die Wunde sei im Revier ausgewaschen worden. Wenn Lütkestratkötter im Revier abgewiesen wäre, hätte er das wahrscheinlich bei der Gelegenheit dem Zeugen Hilmar auch gesagt. Danach kann nicht festgestellt werden, dass der Angeklagte Lütkestratkötter abgewiesen hat. Ob er ihn sachgemäss behandelt hat, kann dahingestellt bleiben. Als Nichtmediziner konnte der Angeklagte den Fall fachlich nicht beurteilen und die Tragweite der Verletzung des Lütkestratkötter nicht absehen, wie der Zeuge Dr. Evers erklärt. Trotz sachgemässer Behandlung konnte auch nach Meinung dieses sachverständigen Zeugen eine Blutvergiftung eintreten. Ein Verschulden des Angeklagten ist daher



nicht festzustellen.

Warum über den mit dem T.d. des Lütkestratkötter zusammenhängenden Sachverhalt zwei Vernehmungen gemacht worden sind und das erste Protokoll vernichtet worden ist, hat der Zeuge Hilmar aufgeklärt. Danach handelte es sich in beiden Fällen um eine Unfallanzeige. Da die erste Anzeige nicht den vorgeschriebenen Erfordernissen entsprach, ist nach der Aussage dieses Zeugen eine zweite Unfallanzeige aufgenommen und die erste vernichtet worden. Die Vermutung, dass die Vernichtung der ersten Unfallanzeige in dem Zeugen Siemens den Verdacht hat aufkommen lassen, hier solle etwas vertuscht werden, liegt nahe.

3.) Fall Girz. Der Zeuge Girz, der in den Jahren 1943/44 im Lager I einsass, bekundet, dass der Angeklagte ihn nicht ins Revier aufgenommen habe, als er es im Sommer 1943 wegen Erbrechens und Leibschmerzen aufgesucht habe. Er habe später durch einen anderen ein Mittel aus Papenburg gegen seine Magenbeschwerden erhalten.

Der Angeklagte bestreitet das und behauptet, das Revier hätte gerade bei derartigen Krankheiten Anweisung gehabt, besonders vorsichtig zu sein. Danach habe er stets gehandelt.

Diese letzte Behauptung des Angeklagten bestätigen die Zeugen Dr. Hillmann, Dr. Orth und Dr. Evers, die früher Ärzte in den Emslandstrafgefangenenlagern waren. Dem Angeklagten wird auch von diesen Zeugen ein gutes Zeugnis ausgestellt. Sie sagen, dass er sehr verantwortungsbewusst gewesen sei und sich unermüdlich um das Wohl der Revierkranken bemüht habe. Der Zeuge Biermann, ein ehemaliger Häftling aus dem Lager III, der zufällig von diesem Prozess erfahren und sich darauf sofort als Zeuge zur Verfügung gestellt hat, bezeichnet den Angeklagten als zuverlässigen, gewissenhaften und dienstfertigen Beamten, der bestimmt niemand abgewiesen habe. Er hat auch ein Beispiel, in dem der Angeklagte sich besonders für einen verletzten Häftling eingesetzt hat, erwähnt. Alle diese Bekundungen lassen den Schluss zu, dass der Zeuge Girz nicht anders als die anderen Häftlinge vom Angeklagten behandelt worden ist, und lassen seine Aussage, die er zwar beschworen hat, als nicht sehr überzeugend erscheinen. Es kommt aber letzten Endes nicht darauf an. Gesundheitliche Schäden irgendwelcher Art sind bei dem Zeugen Girz infolge dieser angeblichen

unterlassenen Behandlung nicht festzustellen, so dass eine Verurteilung des Angeklagten aus diesem Grunde unterbleiben muss.

Schliesslich hat der Zeuge Hermann seine in der Kriegsgefangenschaft gemachte Aussage, der Angeklagte habe Gefangene geschlagen, in der Hauptverhandlung nicht aufrecht gehalten. Wie er angibt, ist er damals zu dieser Aussage unter Druck angehalten worden.

Der Angeklagte war daher in allen Fällen freizusprechen.

E. Der Angeklagte Engler, der die Volksschule besucht hat, hatte vor dem ersten Weltkrieg mehrere Stellungen als Berufsbereiter. Im 1. Weltkrieg war er eingezogen. Nach dem Kriege war er bis zum Jahre 1930 als kaufmännischer Angestellter, zuletzt bei einer Oelfirma in Hamburg, tätig. Nachdem er bis 1933 erwerbslos gewesen war, meldete er sich zum Strafvollzugsdienst. Von Juli 1933 bis zum April 1939 war er als Aufseher bei der Strafanstalt Hamburg - Fuhlsbüttel tätig. Als dann wurde er auf sein eigenes Verlangen in die Strafgefangenenlager im Emsland versetzt, wo er bis zum Zusammenbruch Dienst im Lager Neusustrum machte. Bis zum Sommer 1940 war er als Platzmeister und von da ab bis zum März 1942 im Bürodienst beschäftigt. Danach war er bis zum April 1945 wieder als Platzmeister tätig. Der NSDAP. gehörte er seit den Jahre 1932 an. Er ist mit Elise Engler geb. Spindler verheiratet. Aus der Ehe ist ein Kind hervorgegangen. Im Lager führte er den Namen "Eiserne Maske".

Wegen des Verdachts von Gefangenenmisshandlungen befand sich Engler vom 22.3.46 bis 30.10.47 und vom 21.5.48 bis 18.6.48 in Internierungshaft und vom 30.10.1947 bis 21.5.1948 in Untersuchungshaft.

Der Angeklagte hat während seiner Dienstzeit in zahlreichen Fällen Gefangene misshandelt. Folgende Fälle sind erwiesen:

1.) Am 19. bzw. 20. Januar 1940, am 2. Tag nach seiner Einlieferung im Lager V, sah der Zeuge Kröger vom Fenster seiner Baracke aus, dass draussen 4 - 5 Häftlinge unter Aufsicht des Angeklagten robben mussten. Der Angeklagte schlug dabei mit einem Gummischlauch auf die Häftlinge ein und trat sie mit den beschuhten Füßen.

2.) Im Sommer 1940 musste das Kommando, mit dem der Zeuge Kröger



abends einrückte, nach Einrücken vor der Wirtschaftsbracke im Lager "Sport" machen. Dabei liess der Angeklagte die Gefangenen in einem ungeheuren Temp. robben. Wenn einer der Gefangenen nicht mitkam, schlugen der Angeklagte und die Wachleute mit Gummischläuchen dazwischen. Dabei wurde auch der Zeuge getroffen.

3.) - 7.) An den Sonnabend - Nachmittagen mussten alle arbeitsfähigen Gefangenen im Lager Sport machen. Dabei schlugen der Angeklagte und die Wachleute mit Gummischläuchen auf die Gefangenen ein, wenn irgendwo eine Unordnung entstand oder einer der Gefangenen nicht mitkam. Mindestens 5 solcher Fälle von Misshandlungen hat der Zeuge Kröger gesehen. Eine Überschneidung mit den auch von andern Zeugen (z.B. Hamacher) bekundeten Fällen liegt nicht vor, da die Zeugen Kröger und Hamacher zu verschiedenen Zeiten im Lager V waren, nämlich Kröger vom 17.1.1940 bis zum 21.7.1940, Hamacher vom 17.2.1944 bis zum 20.4.1945.

8.) Der Zeuge Truhe, ein Schwager des Vorzeugen Kröger, ist selbst nicht vom Angeklagten geschlagen worden, hat aber gesehen, dass er oft bei Appellen ohne Grund geschlagen hat. Dieser Zeuge hat noch einen Fall in Erinnerung: Gleich bei seiner Einlieferung im Januar 1940 schlug der Angeklagte einen anderen Mitgefangenen ohne Grund mit dem Gummiknüppel.

9.) - 11.) Auch der Zeuge Hackemüller hat gesehen, dass der Angeklagte häufig andere Gefangene, besonders beim Antreten, geschlagen hat, und zwar, wie dieser Zeuge aussagt, mit der Faust. Eine genaue Zahl der Fälle hat er nicht angeben können; er weiss sich aber bestimmt zu erinnern, dass der Angeklagte mindestens in drei Fällen ohne jede Aufforderung Gefangene mit der Faust geschlagen hat. Eine Überschneidung mit anderen Fällen, insbesondere mit den vom Zeugen Hamacher angegebenen Fällen (Fälle 13.) - 22.) liegt nicht vor, da die Zeugen Hackemüller und Hamacher zu verschiedenen Zeitpunkten im Lager V waren. Hackemüller war vom 17.1.1940 bis zum 30.6.1940 im Lager.

12.) Als im Sommer 1940 eines Abends die Kommandos einrückten und sich in einzelne Trupps aufteilten, fing Engler einen Trupp Gefangener auf und machte mit ihnen ohne jeden ersichtlichen Anlass "Sport", indem er sie hinlegen und robben liess. Wer sich

340 aqf  
223 a. nicht schnell genug zu Boden warf, erhielt dabei wahllos von Engler Schläge mit dem Gummiknüppel. Der Zeuge Kröger war nicht bei diesem Kommando, wie der Zeuge Hackemüller bekundet, so dass eine Überschneidung mit dem Fall 2.) ausscheidet.

13.) - 22.) Wie fast alle Zeugen aussagen, schlug der Angeklagte die Häftlinge besonders oft morgens beim Appell. Der Zeuge Hamacher, der vom 17.2.44 - 20.4.45 als politischer Häftling im Lager V einsass, entsinnt sich bestimmt, dass der Angeklagte ihn selbst mindestens 10 mal bei den Morgenappellen geschlagen hat. Der Angeklagte habe ihn mit den Worten: "Du Strolch, nimm die Brille an," angeredet und dann, nachdem er, der Zeuge, seine Brille abgenommen habe, mit der flachen Hand ins Gesicht geschlagen. Der Zeuge Hartz, der von 1941 - 45 Wachmann im Lager V war, gibt ebenfalls an, gesehen zu haben, dass der Angeklagte morgens beim Antreten mindestens 10 mal ohne Grund mit der Hand geschlagen hat. Der Zeuge Schmitt, der um diese Zeit Sanitäts-hauptwachtmeister im Lager V war, meint, der Angeklagte habe täglich Gefangene geschlagen; ihm sei oft die Hand ausgerutscht. Auch dieser Zeuge gibt mindestens 10 Fälle an, in denen der Angeklagte Gefangene mit der Hand geschlagen hat. Endlich bekundet auch der Zeuge Scholz, der vom 30.3.44 - 22.4.45 im Lager V als politischer Häftling einsass, dass der Angeklagte bei jedem Anlass, besonders morgens beim Appell mit der Hand geschlagen hat. Eine genaue Zahl dieser Misshandlungen kann der Zeuge nicht angeben; er schätzt sie aber auf mindestens 20 Fälle. Da alle diese Zeugen sich teilweise um dieselbe Zeit im Lager V befanden, ist nicht ausgeschlossen, dass sie dieselben Vorfälle schildern. Aus diesem Grunde sieht das Schwurgericht nur 10 solcher Fälle als sicher festgestellt an. Eine Überschneidung mit den vom Zeugen Hackemüller unter 9.) - 11.) angegebenen Fällen scheidet aus, da diese Fälle zu einem früheren Zeitpunkt sich zugetragen haben.

340 aqf  
223 a. 23.) Einige Zeit nach seiner Einlieferung im Lager V wurde der Zeuge Hamacher beim Sport vom Angeklagten mit dem Gummiknüppel geschlagen, weil er bei den Sportübungen nicht mitkam.

340 aqf  
223 a. 24.) Ein anderes Mal schlug der Angeklagte diesen Zeugen beim Sport ausserhalb des Lagers mit dem Gummiknüppel, weil er ihm aufgefallen war.



25.) und 26.) Ein Gefangener namens Bollmann, der ebenfalls wie der Zeuge Hamacher häufig beim Antreten auffiel, wurde wieder = holt vom Angeklagten mit der Hand geschlagen. Die genaue Zahl dieser Misshandlungen konnte nicht festgestellt werden. Zwei Fälle sind deshalb als erwiesen anzusehen. 340 am. i (2x)

27.) Einen andern Häftling namens Stadelmann, der Möhren oder Kartoffeln entwendet hatte und dabei vom Angeklagten ertappt worden war, schlug der Angeklagte mit dem Gummiknüppel. 340 am. i 223a

28.) und 29.) Wenn der Angeklagte abends beim Weggang ab = pfiff, mussten die Gefangenen sofort in ihre Baracken verschwin = den. Der Angeklagte achtete besonders darauf, dass das möglichst schnell vor sich ging. Aus diesem Grunde entstand oft an den Barackeneingängen ein Gedränge und ein Durcheinander unter den Gefangenen. Bei der Gelegenheit schlugen die Stubenältesten oft auf die Gefangenen ein, so dass das Durcheinander noch grösser wurde. Der Angeklagte liess darauf die Gefangenen durch Pfiff wieder heraustreten, wobei sie wieder von den Stuben - und Barackenältesten geschlagen wurden. Der Angeklagte stand dabei und liess es zu. Der Zeuge Hamacher meint, mindestens 25 solcher Fälle gesehen zu haben; er hat diese Zahl entsprechend der Dauer seiner Haftzeit im Lager V errechnet. Nach Ansicht des Schwur = gerichts handelt es sich dabei doch mehr oder weniger um eine Schätzung. Es sieht deshalb entsprechend seiner bisherigen Übung auch hier nur 2 Fälle als sicher festgestellt an. Dass die Stubenältesten bei dem An - und Weggang mit einem Gegenstand auf die Gefangenen eingeschlagen haben, ist nicht erwiesen, auch nicht anzunehmen, da sie als Häftlinge keine Waffen besaßen. 340 am. i (2x) 2x

30.) Der Zeuge Hurtz, der von 1941 - 1945 in Neussstrum war und der wiederholt gesehen hat, dass Engler Gefangene mit der Hand geschlagen hat, gibt einen Einzelfall an, in dem Engler mit dem Gummiknüppel geschlagen hat. Es handelte sich dabei um einen Gefangenen, der geflohen war. Engler schlug ihn nach der Wiederer = greifung mit dem Gummiknüppel. 340 am. i 223a

31.) Der Zeuge Jonzelewski, der dem Angeklagten auch gute Seiten abgewinnt, wurde im November oder Dezember 1944 von Engler dabei überrascht, als er einige Bettbretter zerhackte, um das Holz zum Heizen der unzulänglich erwärmten Baracke zu verwenden. Zur Strafe dafür musste er auf Veranlassung Englers " Sport " treiben,



340 aq. 1  
223 a. wobei er von dem Wachmann Süssenbach überwacht wurde. Dann wurde er gezwungen, sich hinzulegen, worauf Engler mit einem Gummi = knüppel und Süssenbach mit einem Weidenstock dem Zeugen etwa 50 Schläge versetzten. Wegen dieser Misshandlungen konnte der Zeuge in der ersten Zeit kaum sitzen; Beschwerden sind aber nicht ge = blieben.

340 aq. 1 32.) Als der Zeuge Scholz im Juli oder August 1944 eine Arrest = strafe verbüsste, erhielt er von Engler wegen einer schlechten Meldung 2 - 3 Schläge mit der Hand ins Gesicht.

33.) Auch der Zeuge Ganter, der von Oktober 1944 bis April 1945 im Lager V einsass, wurde wiederholt von Engler geschlagen.

340 aq. 1 Im Januar 1945 erhielt dieser Zeuge über seine Mutter ein Schrei = ben seiner früheren Division, wonach er begnadigt worden sei. Der Zeuge begab sich daraufhin zur Platzmeisterei, um den Angeklag = ten zu bitten, das Zeichen " F ", das Fluchtverdächtige Gefangene auf der Kleidung auf dem Rücken trugen, von seinem Rock entfernen zu dürfen. Der Angeklagte hörte ihn nicht weiter an, sondern ver = setzte ihm eine Backpfeife.

340 aq. 1 34.) Als der Zeuge mit demselben Anliegen eines Tages im Februar/ März 1945 beim Antreten auf der Lagerstrasse wieder an den Ange = klagten herantrat, versetzte ihm dieser einen Schlag mit der Hand, dass der Zeuge in seine Gruppe zurückfiel.

340 aq. 1  
(„Schlag“) 223 a. 35.) Beim Sport wurde der Zeuge Ganter einmal ohne jeden Grund von dem Wachmann Süssenbach mit dem Gummiknüppel geschlagen. Der Angeklagte stand dabei und liess die Misshandlung zu.

340 aq. 1  
223 a. 36.) Einen besonders rohen Fall von Gefangenenmisshandlung sah der Zeuge Ganter im Dezember 1944: Um seinen Hunger zu stillen, hatte ein 18 jähriger Häftling versucht, sich in der Nähe des Lagers zusätzlich Kartoffeln zu beschaffen. Dabei war er von dem Wachmann Süssenbach erwischt worden. Zunächst schlug Süssenbach den Häftling mit dem Gummiknüppel und versetzte ihm mehrere Schläge; dann kam der Angeklagte dazu, nahm Süssenbach den Gummiknüppel aus der Hand und schlug weiter auf den Häftling ein, so dass er anschliessend ins Revier gebracht werden musste, wo er einige Tage verblieb. Der Zeuge meint, dass Süssenbach und Engler insgesamt etwa eine 3/4 Stunde lang auf den Häftling eingeschlagen haben. Der Vorfall trug sich auf der Lagerstrasse zu, so dass mehrere Gefangene, darunter auch der Zeuge Ganter,

ihn.

Zeug

Fäll

Fäll

Fälle

Fälle

Fälle

Fall

Fall

Fall

Fälle

die 2

dann

widri

stand

mahnt

an de

Süsse

er ha

er" a

Schla

Zeugen

gegen

Wesent

zustel

schaft

der al

teilt

heute

Möglich

Angekl

machen

zwischen

Wollen



ihn beobachten konnten.

Diese Feststellungen beruhen auf den Aussagen folgender Zeugen :

Fälle 1.) - 7.) Zeuge Kröger

Fall 8.) Zeuge Truhe

Fälle 9.) - 12.) Zeuge Hackemüller

Fälle 13.) - 22.) Zeugen Hamacher, Hurtz, Schmidt und Scholz

Fälle 23.) - 29.) Zeuge Hamacher

Fall 30.) Zeuge Hurtz

Fall 31.) Zeuge Jenzelewski

Fall 32.) Zeuge Scholz

Fälle 33.) - 36.) Zeuge Ganter.

Der Angeklagte bestreitet, Gefangene in der Weise, wie es die Zeugen bekunden, geschlagen zu haben. Er behauptet, erst dann eingeschritten zu sein, wenn die Gefangenen eine Disziplinwidrigkeit begangen hätten oder wenn sonst eine Unordnung entstanden wäre. In diesen Fällen hätte er sie aber zunächst ermahnt. Bei Brechung des Widerstandes habe er immer eine Meldung an den Lagervorsteher gemacht. Den Sport habe er nicht geleitet. Süssenbach habe er wegen des Schlagens von Gefangenen verwarnt; er habe sich aber von ihm nichts sagen lassen und ihm als „Blauer“ auch nicht unterstanden. Den Stubenältesten habe er das Schlagen streng verboten.

Der Angeklagte wird durch die Aussagen der obengenannten Zeugen überführt. Die Zeugen haben ihre Aussagen auch beschworen; gegen ihre Glaubwürdigkeit bestehen keine ernstlichen Bedenken. Wesentliche Widersprüche sind in ihren Aussagen nicht festzustellen. Sie haben sich auch bemüht, sachlich und leidenenschaftslos auszusagen. Das gilt besonders von dem Zeugen Hamacher, der als sehr junger Mensch wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt war, dann zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt wurde und heute Student der Philologie ist. Dieser Zeuge hat selbst die Möglichkeit zugegeben, dass er in manchen Fällen, in denen der Angeklagte ihn beim Sport geschlagen hat, auch nicht mehr mitmachen wollte, da er auf Befragen erklärt hat, dass die Grenze zwischen dem physischen Nicht-Mehr-Können und dem Nicht-Mehr-Wollen flüssig sei. Völlig unverdächtig sind die Zeugen Hurtz



und Schmitt, der eine ein früherer Wachmann, der andere der damalige Sanitätshauptwachtmeister im Lager V, die vier Jahre mit dem Angeklagten zusammen im selben Lager waren. Ihre Angaben über die Anzahl der von dem Angeklagten begangenen Gefangenen- = misshandlungen sind eher zu niedrig als zu hoch anzusehen. Beide Zeugen waren in ihren Aussagen sehr vorsichtig. Der Zeuge Schmitt meint, dem Angeklagten sei die Hand deshalb so häufig ausge- = rutscht, weil er zu aufgeregt und jähzornig gewesen sei. Ver- = schiedene Zeugen, z.B. ausser Hurtz auch Hackemüller, Jenzelewski und Scholz, selbst frühere Häftlinge, die von dem Angeklagten misshandelt wurden, geben zu, dass er auch menschliche Züge gezeigt hat. Das spricht für die sachliche Einstellung der Zeugen dem Angeklagten gegenüber. Das Schwurgericht hat deshalb keine Bedenken, ihre Aussagen der Urteilsfindung zu Grunde zu legen.

Das kann aber nicht von den Aussagen der Zeugen Haarmann und Bernhardt gelten. Der Zeuge Haarmann hat im Vorverfahren aus- = gesagt, abends beim "Sport", dessen Aufsicht der Angeklagte ge- = habt habe, sei ein Häftling namens Klahn aus Hamburg dermassen geschlagen worden, dass er an den Folgen der Misshandlung ver- = storben sei. Der Zeuge hat bei seiner Vernehmung vor dem Amts- = gericht Hamburg am 13.12.1948 (Anlage 4 Bl. 450) auch be- = schworen, dass er selbst den Angeklagten bei diesem Vorfall auf dem Sportplatz gesehen habe. In der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht hat er diese Aussage insofern widerrufen, als er jetzt angibt, er wisse es nicht mehr, ob der Angeklagte Engler bei diesen Misshandlungen zugegen gewesen sei und sie zugelassen habe. Das erscheint verdächtig. Dieser Zeuge ist deshalb nicht zuverlässig. Der Zeuge Bernhardt, dessen Aussage gemäss § 251 Abs. I Ziff. 1 StPO. verlesen worden ist, da sein Aufenthalt nicht zu ermitteln war, hat einen Fall bekundet, in dem Engler und Süssenbach einen schwächlichen Häftling bei einer "Sport- = Übung" so misshandelt hätten, dass dieser in der gleichen Nacht verstorben sei. Er hat diese Aussage auch im Vorverfahren be- = schworen. Da die Zeugen Haarmann und Bernhardt um dieselbe Zeit (1944/45) als Häftlinge im Lager V waren, kann es sich um denselben Fall handeln, den auch der Zeuge Haarmann angegeben hat, der heute nicht mehr weiss, ob Engler dabei war. Davon abgesehen hat das Schwurgericht Bedenken, den Angeklagten auf Grund einer

im V  
besch  
Haupt  
Punk  
besch  
holte  
der  
gesch  
dass  
Fall  
stim

Urtei

verle  
gemac  
selbs  
dass  
terst  
chend  
pflic  
ander  
23.),  
zugle  
einem  
verle

zahl v  
§ 74 S  
Vorges  
spielt  
das Re  
militä  
diger



im Vorverfahren gemachten Aussage zu verurteilen. Die Erfahrung, besonders in diesem Strafverfahren, hat gezeigt, dass gerade die Hauptbelastungszeugen in der Hauptverhandlung in wesentlichen Punkten anders aussagen als im Vorverfahren und oft die Hauptbeschuldigungen nach eingehender Vernehmung und auf wiederholten Vorhalt fallen lassen. Endlich hält der Zeuge Schmitt, der damalige Sanitätshauptwachtmeister im Lager V, es für ausgeschlossen, dass Engler einen Gefangenen so geschlagen hat; dass er deswegen ins Revier eingeliefert werden musste. Dieser Fall wäre ihm als dem zuständigen Sanitätshauptwachtmeister bestimmt bekannt geworden, meint der Zeuge.

Die Aussagen dieser beiden Zeugen scheiden damit für die Urteilsfindung als ungeeignet aus.

Danach hat sich der Angeklagte in 36 Fällen der Körperverletzung im Amte, Vergehen nach § 340 Abs. I StGB., schuldig gemacht, indem er in den Fällen 1.) - 27.), 30.) - 34.) und 36.) selbst tätig wurde und in den Fällen 28.), 29.) und 35.) duldete, dass einer seiner Wachmänner bzw. die ihm als Platzmeister unterstellten Stuben- und Barackenältesten Gefangene ohne zureichenden Grund schlugen. Als Platzmeister war der Angeklagte verpflichtet, Misshandlung von Gefangenen durch Wachleute oder durch andere Gefangene zu verhindern. In den Fällen 1.), 2.), 8.), 12.), 23.), 24.), 27.), 30.), 31.), 35.) und 36.) sind die Gefangenen zugleich mit einem Gummischlauch oder einem Gummiknüppel, also einem gefährlichen Werkzeug (§§ 223 a, 73 StGB.), körperlich verletzt worden.

#### V.

Die bei den verurteilten Angeklagten festgestellte Mehrzahl von Straftaten sind selbständige Handlungen im Sinne des § 74 StGB. Zahlreiche Misshandlungen Untergebener durch den Vorgesetzten haben auch im militärischen Leben eine Rolle gespielt. Das alte Reichsmilitärgericht (1900 bis 1922) und auch das Reichsgericht zu der Zeit, da es oberster Gerichtshof in militärischen Strafsachen war (1922 - 1936), haben in ständiger Rechtsprechung den Standpunkt vertreten, dass der ein-



heitliche Entschluss eines Vorgesetzten, sämtliche Rekruten zu schlagen oder sonst zu misshandeln, wegen der höchstpersönlichen Natur der verletzten Rechtsgüter keine fortgesetzte Handlung begründe ( Remen-Risson, MStGB. 3. Auflage § 122 Note 6, Schwin- ge, MStGB., 6 Auflage § 122 Note V). Das Reichsgericht war zwar unter dem Einfluss nationalsozialistischer Gedankengänge zeit- weise geneigt, ( RG. 70, 148), sich von dieser Rechtssprechung zu lösen; der grosse Senat für Strafsachen ist aber sehr bald ( RG. 70, 243) zu der seit Jahrzehnten vertretenen Rechtsauf- fassung zurückgekehrt und hat es erneut abgelehnt, bei Ver- letzung höchstpersönlicher Rechtsgüter wie Leben, Gesundheit, Ehre, sittliche Reinheit eine fortgesetzte Handlung zuzulassen. Daran ist festzuhalten.

Doch wenn ein Wachmann - wie z.B. Dubbel oder Engler wahl- los in eine ihm unterstellte Kolonne mit seinem Gummiknüppel Schläge oder Fusstritte austeilt, so ist das strafrechtlich ge- sehen als eine Handlung zu bewerten. Die strafrechtliche Hand- lungseinheit wird durch 2 Gesichtspunkte bestimmt : Die willent- liche Zweckeinheit der Handlung vom Standpunkt einer natürlichen Beobachtungsweise und die in sich geschlossene Einheit des tat- bestandlichen Unrechts. Liegen die subjektiven Voraussetzungen vor, so ist die Zahl der Erfolge für die Schuldfrage unerheblich, solange sie unter dasselbe Strafgesetz fallen. Wer mit einem Selbstladerevolver oder mit einer Maschinenpistole - ohne ab- zusetzen - in eine Menschenmenge schiesst, bis das Magazin leer ist, der begeht nur eine Handlung, mag er ein oder drei Men- schen zu Boden strecken. Der Begriff der fortgesetzten Hand- lung kommt hier nicht zum Zuge, da sie mehrere - wenn auch un- selbständige - Einzelakte voraussetzt.

Die Strafverfolgung könnte an sich nach § 67 Abs. 2 StGB bei einigen Straftaten/ verjährt sein, kann aber gemäss § 1 Abs. 2 § 3 der VO. zur Beseitigung nationalsozialistischer Ein- griffe in die Strafrechtspflege vom 23.5.47 nachgeholt werden; denn die Misshandlungen sind damals aus politischen Gründen nicht verfolgt worden. Der Strafgefangene des Emslandlagers hatte nach der Auffassung der vormals politisch massgebenden Kreise, die sich erweislich auf die Lagerführung auswirkte, nicht nur den Anspruch auf eine bürgerliche Lebensform, sondern auch auf

ein m  
mehr  
erbar  
bilde  
spruc  
zitter  
Grund  
schen  
Das La  
Umfang  
ordnun  
keiten  
nachtr  
die da  
durch  
der Ge  
ten zu  
kommen  
für di  
einsch  
Strafr  
oder g  
auch v  
im Hin  
schon  
Auffass  
gerade  
nicht e  
rechtl  
Berufun  
ratsges  
die nic  
lichen  
sind.



ein menschenwürdiges Dasein schlechthin verloren; er galt nur =  
mehr als Arbeitssklave und hatte auch Prügel hinzunehmen. Die  
erbarmungswürdigen Zustände, die sich in den Lagern herausge =  
bildet hatten, rechtfertigen diesen Schluss und machen den Aus =  
spruch von Freisler glaubhaft, der Verbrecher solle wieder  
zittern lernen ( vgl. Neue Juristische 1948 S 309). Nur diese  
Grundeinstellung macht es erklärlich, dass sich teilweise men =  
schenunwürdige Verhältnisse in den Lagern entwickeln konnten.  
Das Lagerpersonal löste sich bei der Gewaltanwendung in grossem  
Umfange von den Voraussetzungen der Nr. 193 ff der Strafvollzugs =  
ordnung und die Aufsichtsbeamten schritten gegen die Gewalttätig =  
keiten vorgesetzter Mitgefangener nicht tatkräftig ein. Die  
nachträgliche Ahndung dieser Fülle von Pflichtversäumnissen,  
die das Leben für die Gefangenen zeitweise unerträglich machte,  
durch Nachholung der damals schon verurteilten Strafe entspricht  
der Gerechtigkeit. Nicht erforderlich ist es, dass die Strafta =  
ten zur Kenntnis der damaligen Strafverfolgungsbehörden hätten  
kommen müssen. Aus der Überschrift der Verordnung, soweit sie  
für die Auslegung überhaupt massgebend ist, lässt sich diese  
einschränkende Auslegung nicht rechtfertigen. " Eingriffe in die  
Strafrechtspflege" sind nicht gleichbedeutend mit individuellen  
oder generellen Willensakten der Justizverwaltung; sie liegen  
auch vor, wenn unter dem Druck der politischen Verhältnisse und  
im Hinblick auf die Aussichtslosigkeit der Rechtsverfolgung  
schon von der Erstattung der Anzeige abgesehen wird. Eine andere  
Auffassung würde zu dem unbefriedigendem Ergebnis führen, dass  
gerade durch Terror am stärksten eingeschüchterte Opfer, die es  
nicht einmal auf eine Anzeige ankommen lassen wollten, weiterhin  
rechtlos blieben. Das Ziel, das § 3 verfolgt, war vielmehr, die  
Berufung auf Verjährung in demselben Masse wie das Kontroll =  
ratsgesetz Nr. 10 auch für solche Straftaten auszuschliessen,  
die nicht unter das Gesetz Nr. 10 fallen, aber aus dem unerbitt =  
lichen Geiste des Nationalsozialismus heraus begangen worden  
sind.



VI.

Das Schwurgericht hat schliesslich die Frage zu prüfen, ob sich die Verfehlungen der Angeklagten zugleich als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Artikels II, 1 c des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 darstellen, nachdem die Militärregierung durch ihren auslegenden Erlass vom 16. Januar 1948 ( Legal/ MOJ 52340), die Bedenken die sich aus der M.R.VO. 47 wegen der " Alternativklage " ergaben, behoben hat. Der Oberste Gerichtshof für die britische Zone hat auf Grund dieser Sachlage wiederholt dahin entschieden, dass Unmenschlichkeitsverbrechen und deutschrechtliche Straftaten im Verhältnis der Idealkonkurrenz gemäss § 73 StGB. stehen. Es ist kein Grund ersichtlich, der dem Zonengericht Anlass bieten könnte, von seiner ständigen Auffassung abzugehen, zumal da ihm die abweichende Auffassung anderer Gerichte bekannt gewesen ist, obwohl er sich vom Ausgangspunkt seiner Überlegung - gleiches Recht für alle - im Ergebnis wieder entfernt; denn der deutsche Richter darf bei Tateinheit die Mindeststrafe des konkurrierenden deutschen Strafgesetzes nicht unterschreiten ( RGSt. 73, 148). Dass strafbare Handlungen im Verhältnis der Tateinheit nach § 73 stehen können, auch wenn sie nach der einen Norm als Handlungseinheit nach der anderen als selbständige Handlungen erscheinen, hat das Reichsgericht wiederholt ausgesprochen ( RGSt. 44, 223 und 57, 189 ).

Demgemäss hat das Schwurgericht zu prüfen, ob die Untaten der Angeklagten über den Unwertgehalt der §§ 340 Abs. 1, 223 a StGB. hinaus auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. Unter den Beispielen des Art. II 1 c ist zwar die Körperverletzung nicht aufgezählt; das Gesetz sagt jedoch ausdrücklich, seine Beispiele seien nicht erschöpfend. Auch eine Körperverletzung kann den Tatbestand eines Unmenschlichkeitsverbrechens erfüllen, wenn sie einen offensichtlichen Zusammenhang mit der politischen Zielsetzung des Nationalsozialismus aufweist. Diese Voraussetzung ist bereits bei der Erörterung der Verjährung nachgewiesen; es genügt, dass das damalige politische System ausgenutzt wurde, um den Zusammenhang objektiv zu begründen. Andererseits unterliegt nicht jede solche Körperverletzung dem Kon-



trollratsgesetz. Nach der Entstehungsgeschichte, dem Vorspruch, dem Zusammenhang des Gesetzes, der Überschrift der Höhe der Strafandrohung und dem Worte "inhumane acts" innerhalb der Beispiele ist die Unmenschlichkeit der Handlung als Tatbestandsmerkmal aller bezeichneten Handlungen anzusehen. Das Opfer muss vom Täter unmenschlich behandelt worden sein.

Die Unmenschlichkeit wird nur aus den Umständen des Einzelfalles gefolgert werden können, d.h. aus den Folgen der Straftat für den Betroffenen, aber auch aus dem Anlass im Hinblick auf den Täter.

Der Oberste Gerichtshof hat versucht, diese Voraussetzungen nur auf "die Menschlichkeit schlechthin als Träger und Schützer des ideellen Menschenwertes" zu beziehen. Dieser Maßstab wurzelt letzten Endes im Moralischen und entzieht sich daher den durch das Recht gesteckten Grenzen. Er ist im übrigen nicht genügend zuverlässig. Die Frage, welche Würden und Freiheiten zu den unveräußerlichen Rechten des Menschen gehören, dürfte selbst in den europäischen Staaten unterschiedlich beurteilt werden. Auch innerhalb eines Volkes können hierüber sehr unterschiedliche Auffassungen vertreten sein, wie der Kampf um die Prügelstrafe in den bayrischen Schulen gezeigt hat. Es liegt in der Natur der metaphysischen Vorstellungen, dass sie jeder anders auszulegen geneigt ist. Die subjektive Verschiedenheit solcher Werturteile zerstört aber den Charakter des Rechts als Ordnung. Ebenso wenig ist der Gesichtspunkt "einer überindividuellen Wirkung der Tat" überzeugend, denn nur um dieser Wirkung Willen wird das asoziale Verhalten überhaupt unter Strafdrohung gestellt. Das Schwurgericht ist daher der Meinung, dass es, um die Rechtssicherheit zu fördern, die einen wesentlichen Bestandteil der Gerechtigkeit darstellt, die Frage, was ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, von einer moralphilosophischen Betrachtung loslösen muss, zu der die heute wieder stark empfundene Hinwendung zu naturrechtlichen Gedankengängen und die nach deutschen Rechtsvorstellungen unzureichende Formulierung eines so inhaltsschweren Gesetzes allerdings verleiten.

Es ist heute allgemein anerkannt und bedarf daher keiner Begründung gegenüber anfänglichen Zweifeln mehr, dass das Kontrollratsgesetz, wo es auf eine juristisch gebotene Frage nicht



antwortet, das nationale Strafrecht keineswegs ausschliesst. Nachdem die britische Militärregierung auch die deutschen Gerichte mit der Aburteilung derartiger Verbrechen betraut hat, ist auch das deutsche Strafrecht mit seinen allgemeinen Rechtsgrundsätzen einbezogen worden. Das gilt nicht nur für die Scheidung der objektiven von den subjektiven Tatbestandsmerkmalen, sondern auch - und dies nicht zuletzt - von dem wesentlichen und entscheidenden Unrechtsgehalt : dem Verschulden. Es ist dem deutschen Rechtsdenken unvorstellbar, dass der Schlußsatz des Art. II 1 c diese Bedingung, d.h. die Voraussetzung einer echten Schuld, ausgeräumt haben sollte. Damit würde nicht nur das deutsche Strafrecht von seinem ethisch und psychologisch hochentwickelten Standpunkt in ein unentwickeltes Strafrecht zurückgeworfen. Auch für die kriminologische Betrachtung ist die Tat eine Ausserung der Persönlichkeit; die Reihe seiner Taten ist der Mensch. Wie sich das Gesetz über andere wesentliche Tatbestandsmerkmale objektiver Art ausschweigt, so auch über die Schuld. Diese Mücke darf und muss aus dem nationalen Rechte unter Berücksichtigung vom Sinn und Zweck des Kontrollratsgesetzes ausgefüllt werden. Auch im deutschen Strafrecht sind die grundlegenden Lehren des allgemeinen Teils, die die Schuld, den Voratz, die Fahrlässigkeit usw. betreffen, nicht normiert, weil sie jedem positiven Recht vorgegebene Begriffe sind. Wissenschaft und Rechtssprechung haben sie mit dem Mittel der Rechtslogik erst allmählich in jahrzehntelanger Bemühung erarbeitet; sie um einen neuen Begriff der " Verantwortung " zu bereichern, besteht kein zwingender Anlass.

Geht man hiervon aus und folgt man der einhelligen, namentlich von den amerikanischen und britischen Militärgerichten vertretenen Meinung, dass das Kontrollratsgesetz wegen der ihm beigelegten rückwirkenden Kraft Ausnahmecharakter tragen soll und daher eng ausgelegt werden muss, so ergibt sich daraus, dass das Tatbestandsmerkmal der Unmenschlichkeit nicht nur objektive, sondern auch subjektive Unrechtselemente umfasst, wie<sup>sie</sup>/z.B. auch dem Begriff der Unzucht eignen. Die vaginale Untersuchung einer Patientin, die diese auf Drängen des Arztes gestattet, ist ohne Zweifel ein das Schamgefühl der Frau schwer verletzender Vorgang; er rechtfertigt den Vorwurf der Unzucht jedoch nur, wenn der ärztliche Befund nach den beschriebenen Beschwerden nicht erhoben zu werden brauchte. So ist auch beim Menschlichkeits-

verbre  
innere  
mensch  
heit,  
nachha  
ungewö  
offenb  
schwer  
löst.  
des Tä  
langt.  
merkba  
politi  
dieser  
kannte  
lingen  
ten zu  
der Ho  
in ein  
heben.  
wirkend  
das sic  
stellt  
zu Guns  
Einmal  
wiegend  
befande  
halten  
hältnis  
jeder W  
dererse  
dass si  
dürftig  
daher b  
verbre  
willige  
Ordnung  
lass zu



verbrechen eine über den eigentlichen Tatvorsatz hinaus gehende innere Einstellung erforderlich, die sich darin gefällt, Mitmenschen zu quälen, und deshalb deren Rechte auf Leben, Gesundheit, körperliche Unversehrtheit und Freiheit mutwillig und nachhaltig zu beeinträchtigen. Unmenschlich handelt, wer einen ungewöhnlichen Mangel an Mitgefühl mit seinem erkorenen Opfer offenbar werden lässt, indem er boshaft, unverhältnismässig schwere/Leiden körperlicher oder seelischer Art für diese auslöst. Diese Gesinnung braucht keine dauernde Charaktereigenschaft des Täters zu sein, es wird kein kriminologischer Tatertyp verlangt. Es genügt, dass sie als ein vorübergehender Zustand bemerkbar wird, sofern sie sich nur des Zusammenhanges mit der politischen Zielsetzung des Nationalsozialismus bewusst ist; dieser Bezug wird durch das Wissen hergestellt, bei der bekannten Einstellung der politischen Führung gegenüber den Häftlingen bei Amtsmissbrauch keine ernstlichen Nachteile befürchten zu müssen. Bei einer Körperverletzung im Amt muss sich also der Hergang von dem gewöhnlichen Bilde einer solchen Straftat in einer für den Täter besonders belastenden Weise deutlich abheben. Er muss bei der Misshandlung das notwendig als Hemmung wirkende Gefühl für das Leiden des Misshandelten verloren haben, das sich in gleicher Lage bei jedem menschlich Denkenden einstellen hätte. Bei dieser Wertung werden auch Gesichtspunkte, die zu Gunsten des Täters sprechen, berücksichtigt werden müssen. Einmal ist zu beachten, dass unter den Gefangenen sich überwiegend Kriminelle und sogar gefährliche Gewohnheitsverbrecher befanden, die nur ein strenges Regiment in der Anstaltszucht halten konnte, und dass die Zahl der Wachmannschaften im Verhältnis zur Zahl der betreuten Gefangenen gering war, so dass jeder Wachmann in hohem Masse auf sich allein gestellt war. Andererseits war der Gesundheitszustand der Gefangenen derartig, dass sie mehr und mehr abfielen und so erkennbar schmerzbedürftig wurden. Unter Beachtung dieser Gesichtspunkte wird man daher bei der Züchtigung von Strafgefangenen ein Humanitätsverbrechen dann verneinen müssen, wenn der Gefangene durch mutwilliges Verhalten oder Verstösse gegen Sicherheit, Zucht und Ordnung in der Anstalt dem Wachhabenden einen begründeten Anlass zum Einschreiten gegeben und dieser in der Aufwallung des



Augenblicks sich nur in der Wahl oder Anwendung seiner Mittel zur Wiederherstellung der gefährdeten Ordnung vergriffen hat, ohne bei dem Gefangenen gesundheitliche Schäden von Bedeutung hervorzurufen.

Man wird eine Reihe von Fällen nicht zuletzt deshalb aus dem Begriff des Menschlichkeitsverbrechens ausscheiden müssen, weil ein so aussergewöhnlicher Schuldvorwurf auch in einem angemessenen Verhältnis zu der verwirkten Strafe stehen muss. Nach den Nürnberger Prozessen empfindet das allgemeine Rechtsbewusstsein in Deutschland die Beschuldigung, jemand habe ein Verbrechen wider die Menschlichkeit begangen, als einen Vorwurf von ganz besonderer Schwere. Es hat kein Verständnis dafür, dass für ein solches Verhalten Denkwortstrafen verhängt werden sollen, wie sie für Fahrraddiebstähle oder kleinere Schwarzschlachtungen üblich sind. Eine Gefängnisstrafe von z.B. 3 bis 5 Monaten als schuldangemessenes Ergebnis einer Anklage aus dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 zeigt, dass der Ausgangspunkt falsch ist, vorausgesetzt, dass man eine Straftat von so geringem Unrechtsgehalt auch nach deutschem Recht ausreichend ahnden kann. Diese Voraussetzung ist - mit Ausnahme der Denunziation - regelmässig gegeben. Die Schuld bei einer wahrheitsgemässen politischen Verdächtigung kann wiederum so gering sein, dass sie mit einer kleinen Strafe gestraft werden kann, ein Beweis dafür, dass das Kontrollratsgesetz nicht nur auf "ideelle Menschenwerte" bezogen werden sollte; sie sind nicht so wohlfeil. Ob in anderen Ländern andere Vorstellungen herrschen, mag dahingestellt bleiben. Das Schwurgericht kann sich zu deutschen Vorstellungen nicht in Widerspruch setzen.

Das Schwurgericht ist sich bewusst, dass es in seinen subjektiven Anforderungen von der Rechtssprechung des Zonengerichts abweicht. Diesem zu folgen scheint ihm nicht etwa wegen des Wortlautes des Gesetzes bedenklich; welche Ansicht vermöchte der klügelnde Verstand des Juristen aus diesem sehr allgemein gefassten Gesetzgebungsakt und der sprichwörtlichen Wendigkeit der juristischen Begabung nicht herzuleiten? Die Besorgnisse liegen allein in den Gefahren, die sich angesichts dieser Tatsache aus der politischen Zielsetzung des Ge-



30

setzes für seine Auslegung und Anwendung ergeben. Das Gesetz ist dazu berufen, die politische Vergangenheit in rechtsstaatlichen Formen zu liquidieren ( Zentr. Just. Bl. 1947 S. 4 ). Alle rechtsphilosophischen Bemühungen, die auf das Gesetz Nr. 1 bisher verwandt worden sind, vermögen diese offenkundige Tatsache nicht aus der Welt zu schreiben; sie ergibt sich eindeutig aus der unnatürlichen Teilung des Humanitätsbegriffes; man muss ihr ins Auge sehen. Damit aber die Rechtspflege nicht - er - neut - in den Verdacht gerate, sie betreibe die Geschäfte einer innerpolitischen Auseinandersetzung, erweist sich der vorwiegend politische Gesetzeszweck für ungeeignet, als entscheidender Richtpunkt für die Anwendung eines so folgenschweren und unzureichend gefassten Rechtssatzes ins Auge gefasst zu werden. Er ist erst recht kein zureichender Grund, sichere Erkenntnisse unserer Strafrechtspflege wieder preiszugeben, die sich aus der allgemeinen Hinwendung zum Schuldprinzip ergeben haben; wenn es auch der Rechtsprechung bisher noch nicht gelungen ist, diesem Prinzip uneingeschränkte Anerkennung zu verschaffen, so rechtfertigt dieser allgemein empfundene Rückstand es nicht, die Restbestände eines überwundenen Strafrechtsdenkens zu vermehren.

## VII.

Legt man diese Grundsätze, die einer Entwertung des Verbrechensvorwurfs in Übereinstimmung mit der Praxis der Besatzungsgerichte begegnen sollen, bei der Beurteilung der festgestellten Fälle zugrunde, so ergibt sich im einzelnen folgendes :

Der Angeklagte Dubbel hat in nicht weniger als 26 nachweisbaren Fällen Gefangenenmisshandlungen begangen. Wenn sich auch die schwersten Fälle, die die Anklage ihm zur Last legt, nicht sicher haben nachweisen lassen, so zeigt doch die Art, wie Dubbel mit den Häftlingen umgegangen ist, dass er sie nicht als Menschen, sondern wie eine Viehherde behandelt hat. Er hat sie wahllos getreten und geschlagen. Fast alle früheren Häftlinge, die hier als Zeugen aufgetreten sind, schildern ihn als



brutalen Menschen und gefürchteten Schläger. Seine innere Einstellung den Gefangenen gegenüber charakterisieren besonders die Fälle, in denen er die Häftlinge unsinnige Arbeiten verrichten liess, indem sie zur Strafe mit Sand und Steinen vollbepackte Schiebkarren fahren mussten, weiter seine Art, die Gefangenen " Sport " in der Weise machen zu lassen, dass sie längere Zeit in die Sonne sehen mussten, endlich die Art, die Gefangenen nachts nur notdürftig bekleidet aus den Betten zu holen und sie ungeschützt bei Wind und Wetter draussen stehen zu lassen. Ein unmenschliches Verhalten zeigt er auch im Falle Lillienthal, der solange in der grellen Mittagssonne stehen musste, bis er vor Erschöpfung umfiel. Unmenschlich und roh war sein Verhalten auch gegenüber dem Häftling, der sich wegen Misshandlungen durch die Wachleute bei ihm beschweren will, den er dann zu Boden schlägt und mit Wasser bespritzen lässt, damit er wieder zu sich kommt. Das erinnert an KZ.-Methoden. Kennzeichnend für seine Art der Gefangenenbehandlung, insbesondere der politischen Häftlinge, ist das von ihm veranstaltete " Spießrutenlaufen ". Damit wurde den Häftlingen gleich bei ihrer Ankunft im Lager sozusagen ein Vorgeschmack von dem gegeben, was sie erwartete und ihnen klar gemacht, dass sie hier schutz- und wehrlos der Willkür ihrer Wachleute ausgeliefert waren. Alle diese Beispiele ergeben das Bild eines rohen, zügellosen und unmenschlichen Verhaltens des Angeklagten, das in seiner Gesamtheit gesehen den Gefangenen das Leben im Lager zur Qual werden liess und ihnen schweres Ungemach zufügte. Der Angeklagte Dubbel ist deshalb eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit im Sinne des Kontrollratsgesetzes Nr. 10. schuldig.

Die Einzelakte sind aus der gleichen Lage heraus in gleichartiger Weise an Menschen der gleichen Gruppe begangen worden und stellen sich nach der zutreffenden Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes als Handlungseinheit dar.

Der Angeklagte Fründt hat zwar nur 6 nachweisbare Gefangenemisshandlungen begangen. Aber auch diese nicht sehr zahlreichen Fälle lassen erkennen, dass der Angeklagte die Häftlinge als Menschen zweiten Grades ansah und ihm nur derjenige Gefangene etwas wert war, der ein guter Arbeiter war. Seine Art, die Gefangenen, die besonders während des Krieges unter =

ernah  
mange  
Stahl  
fühl  
er de  
nungs  
einem  
mensc  
der A  
dig;

fange  
Werkz  
schla  
geföh  
liche  
Arbei  
die i  
verbe  
wurde  
ten d  
in se  
Er ha  
Die E

Gefan  
jene  
Mensch  
ist. l  
quält  
nen m  
wurde  
gerero  
als un  
auch  
Stuben  
er meh  
sein V



ernährt waren, zu schneller Arbeit anzutreiben und sie wegen mangelnder Arbeitsleistung zu misshandeln, wie es die Zeugen Stahl und Hammers bekunden, zeigt ihn als einen rohen und gefühllosen Menschen. Das kommt darin besonders zum Ausdruck, dass er den Zeugen Stahl so schlägt, dass er 4 Wochen in der Schoenungsbaracke liegen muss, und dass er andere Gefangene mit einem abgebrochenen Spatenstiel schlägt. Damit ist sein unmenschliches Verhalten den Häftlingen gegenüber dargetan, und der Angeklagte eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig; auch bei ihm ist Handlungseinheit gegeben.

Der Angeklagte Esskuchen hat in insgesamt 14 Fällen Gefangene misshandelt, davon in 13 Fällen mit einem gefährlichen Werkzeug. Er hat besonders häufig mit einem Gummischlauch geschlagen, auch sogar einen Ast zum Schlagen benutzt. Roh und gefühllos ist sein Verhalten gegenüber dem kleinen und schwächlichen Gefangenen Bischof, sein Schlagen gerade bei schweren Arbeiten und seine Behandlung der Angehörigen der Strafkompagnie, die im Laufschrift mit vollen Zementsäcken an den Wachposten verbeilen mussten und dabei auch vom Angeklagten misshandelt wurden. Alle diese Beispiele zeigen das unmenschliche Verhalten des Angeklagten den Gefangenen gegenüber, denen das Leben in seinem Kommando auf diese Weise unerträglich gemacht wurde. Er hat damit ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Die Einzelakte bilden auch hier eine Handlungseinheit.

Der Angeklagte Engler hat in nicht weniger als 36 Fällen Gefangene misshandelt. Allein die Zahl seiner Taten weist auf jene innere Einstellung hin, die den Häftling als minderwertigen Menschen betrachtet, der der Willkür seiner Wärter preisgegeben ist. Der Angeklagte hat wahllos geschlagen und Gefangene gequält. Fast alle Zeugen erwähnen seine "Sportübungen", bei denen mit Gummischläuchen roh auf die Gefangenen eingeschlagen wurde. Seine Art, die Gefangenen wegen Verstöße gegen die Lagerordnung zu bestrafen, übersteigt jedes Mass und zeigt ihn als unbarmherzigen Menschen. Unmenschlich und roh zeigt er sich auch darin, dass er nicht nur die Misshandlungen durch die Stubenältesten zuletzt, sondern sie sogar dazu anreizt, indem er mehrmals an- und wegtreten lässt. Besonders schwer wiegt sein Verhalten gegenüber den jungen Gefangenen, wie z.B. dem



18 jährigen Häftling gegenüber, den er und Süßenbach in un-  
menschlicher Weise schlagen, weil er sich aus Hunger Kartoffeln  
beschaffen wollte. Sein Verhalten gegenüber dem ebenfalls sehr  
jungen Zeugen Hamacher und seine Anrede an ihn: "Du Strolch,  
nimm die Brille ab" kennzeichnen seine Einschätzung der Häft-  
linge. Er hat sie wie Vieh behandelt und ihnen das Leben im Lager  
zur Qual werden lassen. Damit hat er sich eines Menschlichkeits-  
verbrechens schuldig gemacht; auch bei ihm ist Handlungseinheit  
gegeben.

### VIII.

Die Angeklagten sind zu bestrafen, ein jeder nach Massgabe  
seiner Schuld. Dabei sind seine Beweggründe, sein Vorleben,  
seine persönlichen Verhältnisse, die Nachhaltigkeit seines  
Willens und seiner Mittel und die verschuldeten Folgen seines  
Verhaltens gegenüber der Gesamtheit und den Betroffenen zu be-  
rücksichtigen. Allgemein ist dabei zu beachten, dass die ungünsti-  
gen Umweltbedingungen weitgehend Tat und Täter beeinflusst haben.  
Die damalige Einstellung der Lagerführung, dass Strafgefangene  
nicht nur den Anspruch auf eine bürgerliche Lebensform, sondern  
auch auf ein menschenwürdiges Dasein schlechthin verwirkt hatten,  
und die Tatsache, dass deshalb Gefangenenmisshandlungen nicht  
energisch verfolgt wurden, nahm den untergeordneten Dienst-  
graden die Hemmungen, die sie bei einer strafferen Dienstauf-  
sicht empfunden hätten. Im Besitz weitreichender Machtbefugnisse,  
die ihnen die Ausdehnung der Nr. 193 StVO. auf den passiven  
Widerstand einräumte, erlagen sie den täglichen Versuchungen,  
verführt durch das schlechte Beispiel ihrer Vorgesetzten, bar  
der eigenen Charakterstärke und abgestumpft in ihrem Empfinden  
durch den Zeitgeist und das Einerlei ihres langweiligen Dienstes  
in den einsamen Mooren. Das Schwurgericht durfte vor allem die  
entlastenden Feststellungen zu II nicht unbeachtet lassen.

Die Angeklagten sind sämtlich unverbestraft und stehen im  
Privatleben im Rufe achtbarer Bürger. Sie kommen aus einfachen  
Verhältnissen; mehr als Volksschulbildung ist keinem von ihnen  
zuteil geworden. Das Bild ihrer Lebensführung zeigt kriminolo-

gisch  
worbe  
nicht  
ist n  
von i  
entla  
sind,  
ihre  
zuges  
Justi  
gleich  
die M  
ihren  
denen  
worden  
die Ge  
mit zu  
bedürf  
D  
Kontre  
im ein  
bend.  
D  
ist zw  
dass a  
schade  
stellt  
den ih  
gegeben  
jugend  
Schulur  
Anforde  
nicht g  
Mauerl  
Reife u  
Mensche  
Mensche  
jungen



gisch nichts Auffälliges; natürliche Anlagen oder Züge des erworbenen Charakters, die zum Verbrechen treiben, sind darin nicht erkennbar. Die Verfehlungen sind zeitbedingt; ein Rückfall ist nicht zu besorgen. Während diese Umstände, die die Strafe von ihren vorbeugenden und erzieherischen Zwecken weitgehend entlasten, den Angeklagten strafmildernd zugerechnet worden sind, war strafscharfend in Betracht zu ziehen, dass sie durch ihre Taten die ohnehin schon überspannte Schärfe des Strafvollzuges in den Emslandlagern vergrössert und den Strafvollzug der Justiz in Verruf gebracht haben. Wenn heute die Emslandlager gleich nach den KZ-Lagern genannt werden, so verdeutlicht das die Mißstände, die dort herrschten und zu denen die Angeklagten ihren Teil beigetragen haben. Das schwere Los der Häftlinge, von denen viele nur wegen ihrer politischen Überzeugung hart bestraft worden waren, stand ihnen täglich vor Augen; sie wussten, dass die Gefangenen praktisch rechtlos in ihrer Hand waren; viele waren mit zunehmender Kriegsdauer nur noch "Krücken". Die Schonungsbedürftigkeit aller war offenbar.

Die Strafen für die Angeklagten sind gemäss § 73 StGB dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 zu entnehmen. Für die Höhe der Strafen im einzelnen waren der Umfang und die Schwere der Taten massgebend.

Die Zahl der vom Angeklagten Dübbel begangenen Straftaten ist zwar hoch, aber in ihrer Gesamtheit sind sie nicht so schwer, dass auf Zuchthaus erkannt werden musste. Bleibende Gesundheitsschäden als Folgen seiner Misshandlungen konnten nicht festgestellt werden. Als Platzmeister hat er durch die Misshandlungen den ihm unterstellten Wachtmannschaften ein schlechtes Beispiel gegeben. Der Beweggrund zu seinen Taten ist offenbar in seinem jugendlichen Ungestüm und in seiner einseitigen politischen Schulung zu suchen. Als 23/24 jähriger junger Mensch war er den Anforderungen, die der Posten eines Platzmeisters verlangt, nicht gewachsen. Dazu fehlten ihm als einfachem Fleischer- und Mauerlehrling die Vorbildung und vor allem die erforderliche Reife und die damit zusammenhängende Fähigkeit, ihm anvertrauten Menschen zu leiten. Schuld hat mit das damalige System, das Menschen ohne jede Vorbildung und Kenntnisse, noch dazu in so jungen Jahren auf derartig verantwortungsvolle Posten stellte,



nur aus dem Grunde, weil sie überzeugte Anhänger der damals herrschenden politischen Richtung waren. Die Machtbefugnisse und die Befehlsgewalt über 800 - 1000 Häftlinge, die der Angeklagte als Platzmeister hatte und die ihm das damalige System gab, mussten ihn als jungen Menschen übermütig und masslos werden lassen. Es mag sein, dass er auch menschliche Züge gezeigt hat, die hier deswegen nicht in Erscheinung getreten sind, weil er keine Entlastungszeugen beizubringen vermag. Er hat schriftliche Erklärungen von den früheren Häftlingen Heinrichs und Schleicher vorgelegt, worin sie bezeugen, dass sie den Angeklagten in ihrer Haftzeit als ordentlichen und anständigen Menschen kennengelernt haben, der den Gefangenen gegenüber streng, aber gerecht gewesen sei. Unter Berücksichtigung aller für und gegen den Angeklagten Dubbel sprechenden Umstände hat das Schwurgericht auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten erkannt. Sie erscheint eine erforderliche, aber auch ausreichende Sühne und steht in einem angemessenen Verhältnis zu dem Unrechtsgehalt seiner Taten.

Auch der Angeklagte Fründt hat nicht die erforderliche Vorbildung und Ausbildung als Wachmann genossen. Er ist anscheinend Wachmann geworden, weil er hoffte, auf diese Weise schneller zu einer grösseren Siedlerstelle zu gelangen, das erklärt offenbar auch seinen übertriebenen Eifer. Ihm werden von verschiedenen Seiten gute Zeugnisse ausgestellt. Der unverdächtige Zeuge Woltemade, ein früherer Häftling, bezeichnet ihn als einigermassen gerecht, ebenso der Zeuge Junker; der Zeuge Ernst nennt ihn korrekt und gut; nach der Aussage des Zeugen Huck war er streng, aber gerecht und hat sich sehr für die zusätzliche Verpflegung der Gefangenen eingesetzt, auch schwache Gefangene geschont. Dieser Zeuge meint auch, dass Fründt einen Gefangenen vom Tode des Ertrinkens gerettet und sogar gelegentlich einen Verweis vom Platzmeister erhalten habe, weil er den Gefangenen gegenüber zu entgegenkommend gewesen sei. Bleibende gesundheitliche Schäden bei den Misshandlungen sind nicht festgestellt worden. Er hat auch von allen Angeklagten nachweisbar am wenigsten geschlagen. Nach Abwägung aller Umstände hat das Schwurgericht gegen ihn eine Gefängnisstrafe von einem Jahr festgesetzt. Sie ist angemessen und ausreichend.

Gefa  
Art,  
aber  
gute  
in d  
tet  
erst  
nich  
und  
miss  
Miss  
selb  
Umst  
noch  
alarm  
von  
sche  
Diens  
beson  
klagt  
frühe  
den w  
ausre  
  
Anzah  
Fälle  
so sch  
war,  
erwie  
terge  
offen  
nervö  
Aber  
gebild  
auch v  
mensch  
sätzli



Dem Angeklagten Esskuchen sind sehr zahlreiche Fälle von Gefangenemisshandlungen, darunter viele recht unerfreulicher Art, nachgewiesen. Bleibende gesundheitliche Schäden konnten aber auch hier nicht festgestellt werden. Ihm war besonders zugute zu halten, dass er sich nicht freiwillig zum Wachtdienst in den Emslandlagern gemeldet hat, sondern kriegsdienstverpflichtet wurde. Misshandlungen von Gefangenen durch ihn sind aus den ersten drei Jahren seiner Tätigkeit als Wachmann in Esterwegen nicht bekannt geworden. Erst auf den Kommandos in Frankreich und in Lendingsen beginnt er, Gefangene in steigendem Masse zu misshandeln. Das lässt die Vermutung zu, dass die Gründe für die Misshandlungen offenbar weniger in der Person des Angeklagten selbst liegen, als in dem jetzt anders gelagerten äusseren Umständen zu suchen sind. Die Unterbringung in Feindesland, noch dazu in wenig gesicherten Unterkünften, der häufige Fliegeralarm, das geforderte erhöhte Arbeitstempo, das Überhandnehmen von Fluchtfällen unter den Gefangenen, die verstärkte französische Widerstandsbewegung, alle diese Umstände erschwerten den Dienst der Wachtposten bedeutend. Das hat das Schwurgericht besonders strafmildernd berücksichtigt. Endlich hat der Angeklagte auch gute Seiten gezeigt, was nach dem Zeugnis seines früheren Vorgesetzten Vokowitz feststeht. Aus allen diesen Gründen war eine Strafe von einem Jahr und 9 Monaten Gefängnis als ausreichend aber auch erforderliche Sühne anzusehen.

Der Angeklagte Engler hat von allen Angeklagten die grösste Anzahl von Gefangenemisshandlungen aufzuweisen, darunter auch Fälle schwerer Misshandlungen. Dennoch liegen die Taten nicht so schwer, dass eine Zuchthausstrafe als Sühne erforderlich war. Bleibende gesundheitliche Schäden sind in keinem Falle erwiesen. Als Platzmeister hat er ebenso wie Dubbel seinen untergebenen Wachleuten ein schlechtes Beispiel gegeben. Er war offenbar seiner Aufgabe nicht gewachsen und zu aufgeregt und nervös. Auch er war kein erfahrener, vorgebildeter Beamter. Aber im Gegensatz zu Dubbel war er ein reifer und etwas vorgebildeter Mensch, was zu seinen Ungunsten spricht. Ihm werden auch von vielen Seiten, darunter von früheren Häftlingen, gute menschliche Eigenschaften nachgesagt; er hat sich für die zusätzliche Verpflegung der Gefangenen, besonders der unterer =



nährten Häftlinge eingesetzt, organisierte zu dem Zweck so genannte Bauernkommandos und war bei fast jeder Essenausgabe zugegen, um eine gerechte Ausgabe der Speisen zu gewährleisten und Schiebungen zu vermeiden. Bei Abwägung aller dieser für und gegen den Angeklagten sprechenden Umstände hat das Schwurgericht eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten für erforderlich, aber auch für ausreichend gehalten. Sie entspricht dem Unrechtsgehalt seiner Taten und stellt eine angemessene Sühne dar.

### IX.

Das Schwurgericht hat allen Angeklagten die erlittene Untersuchungshaft auf die erkannten Strafen angerechnet (§ 60 StGB.), da sich die Hauptverhandlung durch Umstände verzögert hat, für die die Angeklagten nicht verantwortlich zu machen sind. Dass sie kein Geständnis abgelegt haben, ist in diesem besonders gelagerten Verfahren nach Auffassung des Schwurgerichts kein Hinderungsgrund für die Anrechnung der Untersuchungshaft. Mit Rücksicht auf die Länge der zurückliegenden Zeit und die Anzahl der den Angeklagten zur Last gelegten Einzelfälle, die sich zudem häufig erst im Laufe der Vernehmung der Zeugen vor dem Schwurgericht als neue Belastungen herauschälten, kann nicht erwartet werden, dass die Angeklagten sich an die einzelnen Fälle entsinnen, soweit sie nicht besonders schwerer Natur sind. Das muss entsprechende Rückwirkungen auf ihre Einstellungen zur Folge haben. Auch die Anrechnung der erlittenen Internierungshaft hält das Schwurgericht für gerechtfertigt, zumal keiner der Angeklagten einer Organisation angehört hat, deren verbrecherischer Charakter durch das Nürnberger Urteil festgestellt worden ist. Die lange Dauer der Internierungshaft ist bei allen darauf zurückzuführen, dass sie als Wachmänner und Strafvollzugsbeamte in Emslandlagern tätig gewesen sind und in dem Verdacht standen, Grausamkeiten oder Misshandlungen an Strafgefangenen begangen zu haben. Für die Aburteilung von Straftaten dieser Art waren damals die Gerichte der Besatzungsmacht zuständig. Mit der Übertragung dieser Zustän-

digk  
rech  
ist  
tat  
last  
für  
halt

gez:



digkeit auf deutsche Gerichte muss auch die Befugnis zur An =  
rechnung der Internierungshaft übertragen worden sein. Deshalb  
ist es recht und billig, auch den Angeklagten die Rechtswohl =  
tat zuzubilligen; denn die Internierung steht wegen ihrer  
lastenden Ungewissheit und ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen  
für den Betroffenen der Untersuchungshaft in ihrem Unwertge =  
halt nicht nach.

X.

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 465, 467 StPO.

gez: Dr. Kramer

gez: Dr. Wilke  
Ausgefertigt

gez: Oltmanns



Justiz-Angestellter

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
des Landgerichts